

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 17.

Sonnabend, den 25. April 1908.

12. Jahrgang.

Der Zukunft goldne Tage.

Wir sind noch arm und sind nicht frei
Und sind noch nicht errettet,
Und feiern doch den ersten Mai,
Als wären wir entkettet.
Wir sind noch arm und sind nicht frei. —
Was feiern wir den ersten Mai?

Wir feiern nicht am ersten Mai
Erinnerung alter Sagen;
Kein Sagenheld schlug noch entzwei
Die Knechtschaft unsrer Plagen.
Wir sind noch nicht von Knechtschaft frei —
Was feiern wir den ersten Mai?

Wir feiern froh am ersten Mai
Der Zukunft goldene Tage,
Die Tage, die für alle frei

Wir feiern nicht am ersten Mai
Ein blutig Völkermorden;
Den Krieg erschuf die Tyrannei
Als ihren Tempelorden.
Wir sind noch nicht vom Kriege frei —
Was feiern wir den ersten Mai?

Wir feiern nicht am ersten Mai
Den Glanz verschwundener Tage;
Vergangenheit war keine Fei
Für uns und unsre Klage.
Es gab noch keine Zeit uns frei —
Was feiern wir den ersten Mai?

Von Elend, Not und Plage;
Die Zukunft groß und schön und frei —
Die feiern wir am ersten Mai!

Wir feiern nicht am ersten Mai
Der Gegenwart Verwirrung;
Die Gegenwart macht uns nicht frei,
Sie folgt noch Goldes Kurrung.
Wir sind noch nicht vom Golde frei —
Was feiern wir den ersten Mai?

Wir feiern nicht am ersten Mai,
Was ist und was gewesen;
Wir machen nicht das Alte neu,
Wir schaffen neues Wesen.
Wir waren und wir sind nicht frei
Und feiern doch den ersten Mai.

Robert Seidel.

Inhalt.

Hauptblatt: Der Zukunft goldne Tage. — Streiks und Sperren. — Zum 1. Mai. — Solidarität. — Erfreuliche Folgen der Arbeitszeitverkürzung. — Die Gewerkschaften und die preussischen Landtagswahlen. — Vierter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1906. — Das Ruhen der Unfallrente. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Die Konsequenz des Klassenkampfes. — Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion. V. — Die neuesten Himmelsträger. — Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. — Eine wichtige Entscheidung. — Literarisches. — „Brochhaus“.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Neben alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sperret sind: Limbricht bei Beuel: Die Firma Bürges. Meisen: Die Firma Köhler. Beck: Summersbacher Granit-Gesellschaft. Ströbel: Der Größgerbruch, Firma Schall. Floß (Oberfalz): Firma Better.

Freiburg (Baden). Die Tarifverhandlungen sind gescheitert. Zugang ist in Anbetracht der sehr schwierigen Situation streng fernzuhalten.

Wiesberg (Fichtelgebirge). Die Granitarbeiter stehen im Streit; über 50 Kollegen sind abgereist, zirka 10 sind noch zu unterstützen. Der Steinmetz Joh. Giehl aus Fuchsmühl ist aus dem Verbandsausgetreten; er wirkt als Agent der Firma Bergmann im Fichtelgebirge Arbeitswillige an.

Barmen-Elberfeld. Der Streit dauert unverändert weiter. Die Unternehmer weigerten sich, eine Arbeitszeitverkürzung zu gewähren.

Königsbrunn u. Lausnitz. Die Kollegen sind am 16. März in den Streit getreten. Den Pflasterern wurden ungeheure Lohnreduzierungen zugemutet. Die Unternehmer haben eine schwarze Liste verfaßt, 43 Streikführer sind darauf vermerkt. Unterzeichnet ist der Bischof: „Vereinigung der Hartsteinindustriellen in der Oberlausitz.“ Die Liste verfehlt natürlich ihren Zweck vollständig, denn etwa 60 Kollegen sind schon anderweitig untergebracht.

Hamburg. Der Streit der Steinmetzen und Marmorarbeiter dauert fort.

Bochum i. Westf. Die Firma Schötlor besteht auf eine fünfprozentige Reduzierung der Löhne. Die Kollegen stellen deshalb die Arbeit ein.

Striegau-Gutsdorf. In den Granitbetrieben der Firma Bachmann ist einer Anzahl Kollegen gekündigt worden. Wir vermögen nun nicht festzustellen, ob Arbeitsmangel odere andere Umstände Anlaß zur Kündigung gaben. Es wird somit vor Zugang gewarnt.

Springe. Am 4. April legten sämtliche Steinhauer von Springe und Altenhagen die Arbeit nieder. Die Tarifverhandlungen konnten zu keinem befriedigenden Abschluß gebracht werden.

Ruhpolding. Die Kollegen sind ausgesperrt, weil sie sich weigerten ihre jahrelange Lohnarbeit durch ein Akkordsystem aufzugeben.

München. Am Ausstellungs-Neubau (Firma Bank) wurden durch recht propäandistisches Verhalten des Herrn Bank 13 Kollegen, die auf Einhaltung der tariflichen Bestimmungen bestanden, veranlaßt, die Arbeitsstelle zu verlassen.

Beuthen (Oberschlesien). Die Lohnbewegung ist zugunsten der Kollegen beendet. Es wurde ein Zuschlag von 10 Prozent auf harten russischen Stein erreicht.

Zum 1. Mai.

Im Wandel der Zeiten gewinnen die Ziele und Forderungen des Proletariats immer höhere Bedeutung. Zur Jugendzeit der Arbeiterpartei noch verspottet, werden sie seit Jahrzehnten schon von den herrschenden Klassen gefürchtet und bekämpft. Trotz aller Erfahrungen geschichtlicher Entwicklung wähen die Feinde der Arbeiterpartei mit den Machtmitteln des bürgerlichen Staates ihr Vordringen aufhalten zu können. Aber im Wechsel der Tageskämpfe schreitet die Kulturbewegung der arbeitenden Klassen ruhig und sicher vorwärts.

Bald werden es zwanzig Jahre sein, seit sich die Klassenbewußten Arbeiter ihren Weltfeiertag gegeben haben, und weder kapitalistische brutale Uebermacht, noch geringschätziges Herabsehen vermochten seine Bedeutung zu verringern. Wieder hat das Proletariat die Feier des 1. Mai vorbereitet, bestrebt, sie von Jahr zu Jahr großartiger zu gestalten. Wieder soll ein gewaltiger Mahnruf den Mächtigen in die Ohren gellen, den sozialen Forderungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten Gehör zu geben; denn nicht ungestraft läßt die Geschichte, was zur kulturellen Hebung der menschlichen Gesellschaft verjäumt wird.

Das Jahr 1908 legt schweres Zeugnis gegen die entscheidenden Gewalten des Deutschen Reichs, den Reichstag und die Regierung, ab. Eine Eindämmung des politischen Lebens mancher deutscher Staaten, ja sogar eine ausnahmegesellschaftliche Behandlung der nicht deutsch sprechenden Reichsangehörigen ist durch das neue Reichsvereinsgesetz unternommen worden. Die Zukunft wird es lehren, daß solche rückständige gesetzliche Bestimmungen überlebte Formen und Zustände nicht halten können. Nur die Kämpfe zwischen Fortschritt und Reaktion werden sie verschärfen.

Gewährt das neue Gesetz der Maifeier der deutschen Arbeiter keine freie Entfaltung, so wird die Arbeiterpartei selbst der Feier eine Größe und Bedeutung verleihen, wie es kein Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft vermöchte. Hohe Ideen siegen noch stets über beschränkte Kleingeisterei und reaktionäre Gewalt.

Und so wird die Erfüllung der sozialpolitischen Forderungen des Proletariats, für die wir am 1. Mai demonstrieren, nur erfolgen, wenn das gesamte arbeitende Volk

geschlossen seine Kraft dafür einsetzt. Unse Demonstration soll eine Mahnung für die Herrschenden, wie für die Beherrschten sein. Vernachlässigen die Herrschenden ihre Pflicht gegenüber dem Proletariat, so muß das Proletariat sich um so fester organisieren zur Durchführung seiner Ziele. Das verbürgt den Sieg.

Die freiheitliche Gesinnung und die Solidarität des arbeitenden Volkes wird schließlich auch den Sieg der Menschlichkeit über den völkermordenden Krieg erringen. Am 1. Mai protestieren wir gegen die Barbarei des Kriegs und wirken für den auf Wissensmacht und Brüderlichkeit gegründeten Völkerfrieden.

Wie die kapitalistische Ausbeutung den Frieden des eignen Volks zerstört und volkszerfließende Klassenkämpfe heraufbeschwört, so gefährdet sie auch den Frieden der Völker. So muß denn das Volk der Arbeit seine Macht jener des Kapitalismus entgegensetzen. Schmerz ist der Kampf um Gleichheit und Freiheit, aber er führt zum Siege, sobald die Männer der Arbeit Schulter an Schulter stehen.

Der 1. Mai soll das Heer der organisierten Arbeiter verstärken. Die Feier ist eine propagandistische, kein selbstbewußter Arbeiter darf sich ausschließen. Die Arbeitsruhe muß allgemeiner werden, um die Kundgebung immer eindrucksvoller zu gestalten.

Auf, Genossen und Genossinnen! Für eure Ziele, für eure Partei, für eure Zukunft ruft euch die Maifeier auf den Plan! Werbt neue Streiter, begeistert sie für unsere Ideen, hebt ihr Selbstbewußtsein, ihren Mut, zeigt ihnen die Bahn, die sie aus der Knechtschaft zur Freiheit führt, lehrt sie kämpfen für dieses Ziel und besiegelt durch brüderliche Liebe am 1. Mai den Bund, der alle Ausgebeuteten und Unterdrückten umfassen soll.

Das Weltereignis der Maifeier lege auch in diesem Jahre ein hohes geschichtliches Zeugnis ab für unsern Bund.

Hoch der 1. Mai, die Weltfeier des Proletariats!

Solidarität.

Eine bedeutsame Erscheinung der Gegenwart ist der in allen Gesellschaftsklassen immer mehr sich geltend machende Drang zum Zusammenschluß in Organisationen. Das mächtige Erstarken der modernen Gewerkschaftsbewegung und der hiermit verbundene Kampf für Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse mußte natürlicherweise Gegentendenzen hervorrufen. Die Unternehmer begannen sich zu organisieren, weil die Erfahrung auch ihnen gezeigt hatte, daß der einzelne dem Gegner nicht mehr gewachsen war. Die Solidarität wurde auch von den Unternehmern als der bedeutendste Faktor im Kampfe anerkannt. Das Vorhandensein zweier so bedeutenden Faktoren wie der modernen Gewerkschaftsbewegung und der Unternehmern-

verbände konnte nicht ohne Einfluß auf andre, diesen beiden Bewegungen fernstehende Berufsgruppen bleiben. So haben sich die Karrieren, die Kaufmannschaft und andre Kreise ihre Interessenvertretungen geschaffen, deren Aufgaben selbstverständlich grundverschieden von denen der modernen Gewerkschaftsbewegung sind.

Die Aufgaben der modernen Gewerkschaftsbewegung, wie auch der Sozialdemokratie bestehen in erster Linie darin, die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiterklasse auf eine höhere wirtschaftliche und geistige Stufe zu bringen. Indem dieses geschieht, werden gleichzeitig die Vorbedingungen geschaffen zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse aus den Banden der wirtschaftlichen und politischen Unfreiheit. Das also sind Aufgaben, wie sie höher von keiner Gesellschaftsklasse gestellt werden können. Anders dagegen sind die Aufgaben geartet, nach deren Erfüllung die oben genannten Interessenvertretungen streben. Hier gilt es die Wahrung der persönlichen Interessen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Und was vor allem charakteristisch ist, alle diese der modernen Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehenden Organisationen genießen in weitestem Maße die Unterstützung der Regierung.

Betrachten wir weiter einmal die Zusammensetzung der Unternehmerverbände. In ihnen sind alle Konfessionen brüderlich vereint, von konfessionellen Gegensätzen ist da nichts zu bemerken. Das Klasseninteresse allein ist der ausschlaggebende Faktor, der die Unternehmer zu einer Kampfgemeinschaft gegen die aufstrebende Arbeiterklasse vereinigt hat. Das Klasseninteresse hat die Unternehmer zur Beobachtung der Solidarität gezwungen.

Diese Tatsachen sollten den Arbeitern doch genügend Anlaß zum Nachdenken geben. Als die moderne Gewerkschaftsbewegung festere Wurzeln schlug, da kamen die Wölfe in Schafskleidern und predigten den noch indifferenteren Arbeitermassen die Interessensharmonie zwischen Arbeit und Kapital. Gegen die Gründung von Arbeiterorganisationen hatten diese Friedensprediger nichts einzuwenden, sofern die Organisationen der Interessensharmonie huldigten. Die so gegründeten Organisationen sollten lediglich der Zersplitterung der modernen Arbeiterbewegung dienen. Was die falschen Freunde der Arbeiterklasse von ihrer Ministerarbeit erhofft, ist nun freilich nicht eingetreten. Es haben sich wohl christliche und ähnliche Organisationen gebildet, die auch im Laufe der Jahre sich weiter ausbreitet haben. Aber was diesen Organisationen fehlt, das ist der revolutionäre Gedanke, das große begeisterte Ziel, die völlige Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft. Die den christlichen Arbeitermassen gepredigte Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit hat sich als eitel Dummheit erwiesen. Wollen diese Organisationen etwas erreichen, so müssen sie sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen, sich solidarisch mit den modernen Gewerkschaften erklären. Wo sie das getan haben, sind die Erfolge nicht ausgeblieben.

Was bleibt also der Arbeiterklasse anders übrig, als jede Zersplitterung zu vermeiden. In einer Zeit, wo die Klassengegenstände sich so gewaltig verschärft haben, ist der Rufus mehrerer Arbeiterbewegungen nicht mehr angebracht. Heute kann es nur noch eine Arbeiterbewegung geben, die alle Arbeiter unter ihrem Banner vereinigt. In der modernen Arbeiterbewegung muß sich die gewaltige Masse der Unterdrückten zusammenfinden in dem Bewußtsein, daß alle die gleichen Interessen zu verteidigen haben. Wo dieses Bewußtsein vorhanden ist, da gibt es auch ein einheitliches gemeinsames Ziel. Das gemeinsame Ziel ist das charakteristische Merkmal, wodurch sich die moderne Arbeiterbewegung von allen andern Bewegungen unterscheidet und in dem ihre Stärke beruht. Heute ist sie zu einem Machtfaktor geworden, mit dem die bürgerliche Gesellschaft wohl oder übel rechnen muß.

Die Klassenbewußten Arbeiter haben die hohe Tugend Solidarität zu schätzen gelernt und wissen darnach zu handeln. Mögen aber auch alle der modernen Arbeiterbewegung noch fernstehenden Arbeiter die Bedeutung der Solidarität erkennen und sich den modernen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie anschließen.

Erfreuliche Folgen der Arbeitszeitverkürzung.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben längst erkannt, daß eine Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse noch wichtiger ist, wie eine Lohnverbesserung. Diese fällt zu leicht der kritischen Geschäftslage zum Opfer, während eine einmal eingeführte Arbeitszeitverkürzung, weil in der Regel der ganze Betrieb darauf eingerichtet ist, meistens dauernden Bestand hat. Von dem Irrwahn, in der längsten Schichtzeit auch den besten Lohn erzielen zu können, sind die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter, durch Erfahrungen gewarnt, auch abgekomen. Infolgedessen steht an der Spitze der gewerkschaftlichen Forderungen an die Unternehmer nun vorwiegend die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit; um diese Forderung entspinnen sich auch die härtesten Kämpfe, da die Unternehmer ebenfalls erkannt haben, wie viel leichter eine Lohnzulage als eine Arbeitszeitverkürzung rückgängig gemacht werden kann.

Eigentlich sollten die zahlreichen günstigen Erfahrungen mit der Arbeitszeitverkürzung auch die Unternehmerverbände veranlassen, diesem Postulat der Sozialpolitik freundlicher gesinnt zu werden. Die Berichte der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter für 1907 enthalten über diese Frage recht beherzigte Mitteilungen. Von Königsberg bis Köln, von Kiel bis Frankfurt a. M. bewegen sich die Arbeiter aller Berufe für eine Schichtverkürzung, und die Gewerbeinspektoren berichten von mannigfachen Erfolgen dieser Bewegung. Der Danziger Beamte schreibt von einer Arbeitszeitherabsetzung von 10½ auf 10 Stunden in den Schuhfabriken Nr. - Stargard's. In den Vororten von Berlin haben die Fabriken die Schichtzeit vielfach so verkürzt, daß der Schluß um 4 Uhr nachmittags eintritt; desgleichen die Schuhfabriken in Strausberg. Die Luckenwalder Gutfabriken ließen den 9½stündigen Arbeitstag eintreten. Dasselbe taten die Tischlereien in Schweidnitz. Im Regierungsbezirk Schleswig

land dieselbe Arbeitszeit laut Vereinbarung der organisierten Metallindustriellen mit dem Metallarbeiterverband Eingang.

Mit Genugtuung muß man die Erfolge der Bewegung zugunsten einer Arbeitszeitverkürzung in den Ziegeleien begrüßen. Hier herrschen vielfach noch Arbeitszeiten von 14—16 Stunden! In einer erfreulich großen Zahl von Aufsichtsbereichen sind die Ziegeleien nun zur 12-, 11- oder 10stündigen Arbeitszeit übergegangen, ohne daß eine Schädigung der Unternehmer oder der Arbeiter gemeldet werden konnte. Im vornehmlichsten Zieglerbezirk, in Lippe, wurde die Arbeitszeit von 14 auf 12 Stunden herabgesetzt, aber „die Leistungsfähigkeit der Betriebe ist nicht gesunken“. Sehr bezeichnend ist, daß der Kölner Gewerbeinspektor berichten muß, der Arbeitszeitverkürzung setzten die zugewanderten ausländischen Arbeiter Widerstand entgegen! In den Steinbruchbetrieben desselben Bezirks streben die bei der Betriebsstätte ansässigen Arbeiter eine Schichtverkürzung an, während das fluktierende Arbeiterelement sich der Arbeitszeitverkürzung widersetzt! Gleichfalls sehr bezeichnend ist die Mitteilung des Silesheimer Beamten, wonach längere als 11—12stündige Arbeitszeiten nur in solchen Ziegeleien vorkommen, in welchen Arbeiter aus dem Eichsfelde und — Galizien beschäftigt sind! Diese Angaben bestätigen, daß gerade die einheimischen, bodenständigen Arbeiterelemente, die den Stamm der Arbeiterklasse bilden, die Träger der Bewegung für Arbeitszeitverkürzung sind.

Von besonderer Bedeutung sind die Mitteilungen der Gewerbeinspektoren über die Versuche mit der Schichtverkürzung in den Anlagen mit kontinuierlichem Betrieb. Im Regierungsbezirk Minden führte ein Stabeisenwalzwerk statt der bisherigen 12stündigen die Achtstundenschicht für die im eigentlichen Walzwerkbetrieb beschäftigten Arbeiter ein; es wurde in drei Wechsellagen gearbeitet, zwischen jeder Schicht lagen also 16 Stunden Ruhezeit, statt früher nur 12. Das Experiment gelang; Leistung und Lohn der Leute blieb trotz der vierstündigen Schichtverkürzung „fast auf derselben Höhe“. Ueber die Möglichkeit einer Achtstundenschicht für die Gürtler- und Walzwerksarbeiter hat bekanntlich der Reichstag, angeregt durch die Schilderungen sozialdemokratischer Redner von den Gürtlerwerkstätten, die Regierung beauftragt, Erhebungen anzustellen. Nun ist durch die Praxis des Walzwerks in Bezirk Minden die Durchführbarkeit der Achtstundenschicht auch in Feuerbetrieben schon erwiesen. Es liegt aber noch ein zweiter Schulfall vor. Der Gewerbeinspektor von Aachen teilt mit, das Hochofenwerk Konordia bei Eschweiler habe für die außerordentlich angestrengten Arbeiter am Hochofen, für die Gichter, Eisenhämmer und Erzladler die Achtstundenschicht eingeführt. „Damit ist auch die äußerst anstrengende 24stündige sonntägliche Wechsellagenarbeit“ Wohl habe sich dadurch das Gesamtlohnkonto nicht unwesentlich erhöht, aber die Betriebsleitung habe „die erfreuliche Wahrnehmung gemacht, daß der Gesundheitszustand der Leute besser geworden ist, daß sie pünktlicher und schaffensfreudiger die Arbeit aufnehmen und daß der Arbeiterwechsel wesentlich abgenommen hat. Auch soll sich die Zahl der Unfälle verringert haben.“

Eine glänzendere Bestätigung des hohen kulturellen Werts der Arbeitszeitverkürzung können sich die Gewerkschaften nicht wünschen. Noch sei erwähnt das Zeugnis eines andern Unternehmers über die Folgen der Arbeitszeitverkürzung. Der Berliner Aufsichtsbegleiter teilt mit, zwei weitere Gasanstalten hätten für die Ofenleute den Achtstundentag eingeführt. Der Direktor der einen war noch im Vorjahre „ein scharfer Gegner der Achtstundenschicht“. „Nunmehr“ bekennt er sich „rückhaltlos als deren Anhänger“. „Er hat durch scharfe Beobachtung seiner Leute seine frühere Befürchtung, daß diese die vermehrte freie Zeit (!) in wenig ersprießlicher Weise ausnützen würden, vollkommen widerlegt gefunden! Er hat im Gegenteil wahrgenommen, daß sich die Leute vielfach während ihrer freien Zeit sonntäglich kleiden und, mit ihren Familien spazieren gehen oder Besorgungen machen. Auf Grund dieser Erfahrungen ist er zu einem eifrigen Verfechter des Achtstundentags für alle Großbetriebe geworden, in denen große körperliche Anstrengungen und gesteigerte Leistungen verlangt werden müssen. Auch erwartet er von dieser Einrichtung einen tüchtigen, zuverlässigen und dauernd leistungsfähigen Arbeiterstamm!“

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Alle kurzsichtigen und scharfmacherischen Einwendungen gegen die Achtstundenschicht sind durch die Erfahrungen dieses praktischen Betriebsdirektors widerlegt.

Die Gewerkschaften und die preussischen Landtagswahlen.

Am 3. Juni dieses Jahres finden in Preußen die Urwahlen und am 16. Juni die Abgeordnetenwahlen für den Landtag statt. Diese Wahlen sollen zum erstenmal dem arbeitenden Volk Preußens die Tore des Dreiklassenparlamentes öffnen. Sie sollen den Vertretern des Volkes Sitz und Stimme im Landtag verschaffen, nicht bloß um mitzuwirken in preussischen Angelegenheiten, sondern auch um den Protest gegen das Dreiklassenwahlrecht hineinzutragen in das Haus der Abgeordneten. Die Tribüne des Landtags soll zum Tribunal des preussischen Wahlrechts werden.

Was geht die deutschen Gewerkschaften dieser Wahlkampf an? Was haben sie von diesem Wahlkampf zu erwarten? Die Gewerkschaften sind keine politischen Wahlvereine, sondern Organisationen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder. Sie müssen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, können sich aber nicht in die politischen Wahlkämpfe einmischen. Trotzdem kann ihnen der Ausgang solcher Wahlkämpfe nicht gleichgültig sein, denn die gesetzgebenden Körperschaften beschließen über die Rechtsnormen, die die Arbeitsbedingungen regeln oder privater Regelung entziehen, oder welche die wirtschaftlichen Kämpfe und die Formen der Vertragsabschlüsse berühren. Sie entscheiden über das Maß der Durchführung solcher Gesetze und über die Behörden und Instanzen ihrer Durchführung und Ueberwachung. Und die Gewerkschaften haben schon oft begründeten Anlaß gehabt, gegen Aktionen der Gesetzgebung anzukämpfen, die ihre vitalsten Lebensinteressen zu schädigen drohten. Aber die Gewerkschaften brauchen Gesetze zur Sicherung dessen, was sie errungen haben; sie erwarten von der Gesetzgebung, daß sie die Arbeiter schützt. Sie müssen daher

den Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften fortgesetzt ihr Augenmerk zuwenden, ihnen Material über soziale Zustände und nützliche Erscheinungen übermitteln und Reformen fordern, zugleich aber auch die Operationen der Gegner überwachen und rechtzeitig die geeigneten Abwehrmaßnahmen ergreifen. Als Objekte der Gesetzgebung können sie nicht gleichgültig zur Seite stehen, wollen sie nicht Opfer der Gesetzgebung werden. Wer nicht Ambos sein will, muß Hammer werden!

Was aber von der Gesetzgebung im allgemeinen gilt, gilt von den Landtagen nicht minder wie vom Reichstage. Vor allem darf der preussische Landtag in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. Obwohl der größte Teil der Arbeitergesetzgebung (Arbeitsvertragsrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung) im Wege des Reichsrechts geregelt, sind auch heute noch wichtige Gebiete seiner Zuständigkeit entzogen. Das Bergrecht und damit zugleich das Bergarbeiterrecht wird zurzeit noch landesgesetzlich geregelt, was die Bergarbeiter zu ihrem Schaden im Jahre 1905 erfahren mußten. „Wenn es sich um eine Frage im Reichstage handelte, so würde diese Sache dort ganz anders behandelt werden als im preussischen Abgeordnetenhaus oder Herrenhaus“, erklärte Herr Beumer am 7. Februar 1906 im Verein deutscher Maschinenbauanstalten, als er seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß die Bestimmungen des preussischen Bergarbeiterschutzes so gemäht ausgefallen seien. — Zuständig ist ferner die Landesgesetzgebung für den größten Teil des Bauarbeiterrechts, der dafür denn auch so rüchständig als irgend möglich ist. Auch das Eisenbahnerrecht, das Recht der Land- und Forstarbeiter und der in häuslichen Diensten Beschäftigten ist von der Landesgesetzgebung abhängig. Gegen 700 000 Bergarbeiter, mehr als 1½ Millionen Bauarbeiter, gegen ½ Million Eisenbahnangestellte und Arbeiter und 11 Millionen Land- und Forstarbeiter (nach der landwirtschaftlichen Unfallversicherung) sind im Reiche von der Reichsgesetzgebung ausgeschlossen und auf den Weg des Landesrechts verwiesen. Und der weitaus größte Teil dieser Arbeiter entfällt auf Preußen, den größten Bundesstaat im Reiche.

Aber damit nicht genug. Auch die Ausführung des Reichsrechts liegt in der Hand der Landesregierungen, ihrer Behörden und Gerichte. Die Durchführung des Arbeiterschutzes ist den Gewerbeaufsichts- und Polizeibehörden übertragen; beide sind landesrechtlich organisiert; ihre Dienstvorschriften erlassen die Landesregierungen. Die Aufsichtsbehörden über die Arbeiterversicherung, soweit die Organisation der letzteren die Grenzen eines Bundesstaats nicht überschreitet, sind Landesbehörden. Teilweise treten auch Landesversicherungsämter in der Rechtsprechung an Stelle des Reichsversicherungsamts. Die Justiz untersteht den einzelnen Bundesregierungen und damit zugleich die Regelung der Mitwirkung der Arbeiter an der Rechtspflege (als Schöffen oder Geschworenen) und die Regelung des Gefängniswesens. Auch die Ausführung der öffentlichen Gesundheitspflege liegt den Landesbehörden ob. Der Ort, wo man diese Behörden für ihr Tun und Lassen zur Rechenschaft ziehen, auf die Art der Durchführung der Gesetze Einfluß gewinnen kann, das sind die Landtage der einzelnen Bundesstaaten.

Und noch eine ganze Reihe wichtiger Rechtsgebiete, die auch die Gewerkschaftsinteressen berühren, sind dem Reichsrecht entzogen. Wir nennen nur das Steuerwesen, das Armenwesen, die Organisation und rechtliche Regelung des Gemeinwesens, des Wohnungswesens und so weiter. Das vor wenigen Tagen verabschiedete Reichsvereinsgesetz hat eine für die Gewerkschaften besonders wichtige Materie, das Vereins- und Versammlungsrecht, teilweise der landesgesetzlichen Regelung entzogen. Aber unberührt davon bleiben die landesrechtlichen Vorschriften für kirchliche und religiöse Vereine, für die Zeiten des Belagerungszustands und gegen Verabredungen der Landarbeiter zum Zwecke der Arbeitsentziehung, sowie die Vorschriften über die Heiligung der Sonn- und Feiertage. Und betrachten wir uns die neue Rechtseinheit für Vereine und Versammlungen genau, so handelt es sich um eine Verpreuung des Vereins- und Versammlungsrechts zum Schaden derjenigen Reichsgebiete, die sich bisher freierer Zustände erfreuten.

Damit berühren wir zugleich den übermächtigen Einfluß, den Preußen auf die Reichsgesetzgebung ausübt. Im Bundesrat zählt Preußen zwar nur 17 von 58 Stimmen, aber — erklärte einst der bayerische Minister Graf Trautson in der bayerischen Kammer: „Wer sich auf diese Stimmenminderheit beruft, der kennt zwar den Buchstaben der Reichsverfassung, er hat aber keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen.“ In der Tat sind fast stets alle reaktionären Anregungen von Preußen ausgegangen. Das preussische Abgeordnetenhaus und das preussische Herrenhaus haben nicht bloß fortgesetzt an der Faltung und den sozialpolitischen Arbeiten des Reichstages herumgörgelt, sondern die Regierung auch durch Anträge und Drohungen gegen diese Sozialpolitik scharf gemacht. Die Verhandlungen dieser beiden Häuser bieten hierfür eine Fülle von Material, die allerdings niemand, der deren Zusammensetzung kennt, überraschen kann. Der preussische Landtag hat auch jahrelang an dem Sturz des Grafen Bismarck gearbeitet, den er für die Seele der Reichssozialpolitik hielt. Vor allem aber überboten sich diese beiden Vertretungen in Ausfällen und Scharfmacherien gegen die Arbeiterbewegung. Kein Gebiet des Wirkens derselben blieb davon unberührt; sie verfolgten die Gewerkschaften und die Vertreter in der Arbeiterversicherung mit dem gleichen Haß wie die Sozialdemokratie. Jeder reaktionäre Anschlag gegen die Arbeiterbewegung, er mag auszugehen von welchen Kreisen er wolle, fand immer zuerst seine Resonanz im preussischen Landtage, um dann die Reichsregierung zu beeinflussen. Und mehr als einmal nahm dieser Landtag auch das Odium auf sich, durch Eingriffe in Rechtsgebiete, die den Reichsgesetzen unterstehen, die Reichsverfassung zu verletzen, so daß selbst die preussische Regierung dagegen Einspruch erheben mußte. Das Freizügigkeitsrecht wäre längst aufgehoben, der Kontraktbruch der Arbeiter längst dem Strafrichter überliefert und das Koalitionsrecht weiter Arbeiterkreise vernichtet, wenn dem preussischen Landtage hierin die Entscheidung zustände.

Das alles zeigt uns, was die Gewerkschaften von dem Ausfall der bevorstehenden preussischen Landtagswahlen zu erwarten haben. Preußen ist die wirtschaftliche Vormacht im deutschen Reiche. Von 236 643 Fabriken im Jahre 1906 entfielen 137 640 oder 41 Prozent, von 5,88 Millionen Arbeitern 3,60 Millionen oder 61,2 Prozent auf Preußen. Die bedeutendsten Industrien, denen Deutschland seine Weltmarktstellung verdankt, haben in Preußen ihre hauptsächlichsten Stützpunkte: der Kohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, die Textilindustrie, die Maschinenindustrie usw. Und dazu kommt der ungeheure Einfluß, den der Staat Preußen selbst als Arbeitgeber auf die Regelung der gesamten Arbeitsverhältnisse, auf das Niveau der Löhne, auf die Regelung der Arbeitszeit, auf die Freizügigkeit der Arbeiter ausübt. Es wird Aufgabe der Arbeiterpresse sein, darüber in den nächsten Wochen volle Aufklärung zu verbreiten, wie Preußen als Arbeitgeber von seiner wirtschaftlichen Uebermacht nicht bloß zum Schaden seiner eigenen Arbeiter, sondern der gesamten Arbeiterschaft Gebrauch gemacht hat.

Dieser reaktionäre Einfluß Preußens auf allen Gebieten wäre undenkbar, wenn die Arbeiterschaft gebührend im preussischen Landtage vertreten wäre. Daran hindert sie indes ein Wahlsystem, das den Besitzenden die Wahl der Abgeordneten sichert. 84,57 Prozent aller Wähler haben nach diesem Wahlsystem nur die Hälfte des Einflusses, den die übrigen 15,43 Prozent haben. Und während die Konservativen 1903 bei 19,39 Prozent der auf sie entfallenden Urwählerstimmen 143 Abgeordnete erhielten, ging die Sozialdemokratie bei 18,79 Prozent aller Stimmen völlig leer aus. So kommt es, daß im preussischen Abgeordnetenhaus unter 433 Abgeordneten 111 Groß-

grundbesitzer und 50 Bauern, 114 Beamte, 81 Geistliche, Rechtsanwälte usw., 44 Industrielle, Kaufleute, 33 Rentner usw., aber kein einziger Arbeiter! Und wo die Stimme des Arbeiters ungehört bleibt, da werden die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten. Die Geschichte der Wirksamkeit des preussischen Landtages ist ein einziges Beispiel hierfür.

So lange die Arbeiter bei den preussischen Landtagswahlen grollend beiseite stehen, werden sie niemals Einfluß gewinnen auf das, was dort beraten und getätigt wird, zum Schaden ihrer Interessen. Die Stimmhaltung hat noch allezeit der Reaktion Dierwasser verbracht! Deshalb hat auch die politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse beschlossen, sich mit dem Aufgebot aller Kräfte an diesem Wahlkampfe zu beteiligen. Der Kampf ist nicht aussichtslos, wenn die Arbeiter bis auf den letzten Mann zur Wahl gehen. Die Gewerkschaftspressen erfüllen ihre Pflicht, wenn sie die Arbeiter darauf hinweisen, was für sie auf dem Spiele steht. Jeder Arbeiter aber, dem das Wohl der Gewerkschaft am Herzen liegt, dem die Erhaltung und Weiterentwicklung eines freien Arbeiterrechts eine Notwendigkeit dünkt, muß sich auch um seine staatsbürgerlichen Rechte kümmern, die in diesem Falle für ihn zur Pflicht werden. Kein Arbeiter in Preußen darf daher veräumen, am 8. Juni zur Wahl zu gehen und für diejenige Partei zu stimmen, die im Landtage bisher noch unvertreten war, die aber allein für eine gründliche Reform des Landtagswahlrechts wirkt, für die Sozialdemokratie!

Vierte Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1906.

ac. Seit 1903 wird alljährlich von dem internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen dem Genossen Legien Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in den angeschlossenen Ländern gegeben. Soeben ist der vierte dieser Berichte herausgekommen. Leider fehlen auch diesmal noch Amerika und Australien; von den europäischen Industriestaaten fehlt Rußland und Frankreich. In Rußland konnte sich eine Landeszentrale wegen der traurigen politischen Zustände noch nicht bilden, und die französischen Syndikalisten jenden bekanntlich schon seit drei Jahren keinen Bericht mehr ein, weil man seinerzeit es ablehnte, den Generalstreik, Antimilitarismus usw., auf den internationalen Zusammenkünften der Gewerkschaftsvertreter zu diskutieren.

Auch sonst hatten der Statistik noch manche Mängel an. So fehlen bei fünf Ländern die Angaben über die Zahl der in Industrie, Handel und Gewerbe Beschäftigten, so daß es nicht möglich ist, für diese das Verhältnis zwischen den organisierten und den organisationsfähigen Personen festzustellen. Da ferner in früheren Jahren die Berichte einzelner Landeszentralen noch große Lücken enthielten, die einen in dieser, die andern in jener Beziehung, so ist es vielfach noch nicht möglich, Vergleiche mit früheren Jahren anzustellen.

Trotz dieser kleinen Mängel tritt auch bei diesem Bericht ein weiterer Fortschritt unverkennbar zutage. Während im Jahre 1905 zehn Landeszentralen berichteten, sind diesmal deren dreizehn beteiligt. Nach diesen Berichten waren im Jahre 1906 gewerkschaftlich organisiert in:

Deutschland	2 215 165
England	2 106 283
Oesterreich	448 200
Italien	273 754
Schweden	200 924
Belgien	158 116
Ungarn	153 332
Niederlande	128 845
Dänemark	98 482
Spanien	82 405
Norwegen	25 389
Serbien	5 850
Bulgarien	5 000
Zusammen:	5 851 215

Darüber sind 372 920 Arbeiterinnen. Ungeheuer viel zu tun bleibt noch übrig unter den Landarbeitern, und zwar ausnahmslos in allen Ländern. Landarbeiterorganisationen sind nur in sieben Ländern vorhanden mit insgesamt 108 891 Mitgliedern. An der Spitze steht Italien mit 71 629; es folgen Ungarn mit 24 000, Schweden mit 7847, Oesterreich mit 2652. In den übrigen Ländern, Spanien, Dänemark und Holland, ist die Zahl der organisierten Landarbeiter fast bedeutungslos. Deutschland fehlt natürlich ganz, da hier eine rückständige, brutale Gesetzgebung die Organisierung des landwirtschaftlichen Proletariats vorläufig noch ganz unmöglich macht. Den größten absoluten Mitgliederzuwachs von 1904 zu 1906 hatte Deutschland mit 637 601, während Oesterreich einen Mitgliederzuwachs von 186 455, England einen solchen von 161 343 und Ungarn von 100 163 aufweist. Prozentual war der Zuwachs in Ungarn mit 188,89 am größten. Ihm folgt Norwegen mit 180,21 und Oesterreich mit 90,67 Prozent. Interessant und von großer Bedeutung sind die Feststellungen über das Verhältnis der Organisierten zu den Organisationsfähigen. Hier steht an erster Stelle Dänemark mit 51,92, dann folgt Schweden mit 38,77, England mit 33,97, Ungarn mit 28,56, Niederlande mit 26,79, Oesterreich mit 18,05, Norwegen mit 6,51 und Italien mit 6,46 Prozent. Für Deutschland ließ sich leider das Prozentverhältnis nicht berechnen, weil die Ergebnisse der Berufszählung von 1895 nicht dafür verwendbar sind und andre Unterlagen fehlen.

Ueber Einnahmen und Ausgaben berichteten 12 Länder (Spanien fehlt). Aber auch für die meisten der andern Länder konnte nicht für alle Organisationen hierüber berichtet werden. Es liegen nur Angaben für 4 483 173 von 5 851 215 Mitgliedern vor. Die Organisationen, denen diese 4 483 173 Mitglieder angehören, haben eine Gesamtjahreseinnahme von 108 288 428 Mark, eine Ausgabe von 91 360 000 Mark, und am Jahresschluß einen Vermögensbestand von 150 509 305 Mark. Ausgegeben wurden für Verbandsorgane und Bibliotheken 3 537 036 Mark, Reiseunterstützung 990 756 Mark, Arbeitslosenunterstützung 12 875 134 Mark, Krankenunterstützung 12 743 808 Mark, Invalidenunterstützung 6 861 707 Mark, Sterbegeld 1 700 613 Mark, sonstige Unterstützung 2 935 285 Mark. Für Unterstützung wurden insgesamt 88 107 308 Mark, für Streiks und Ausperrungen 22 314 077 Mark verausgabt. Die Ausgabe für sonstige Zwecke, Agitation, Projektfonds, Generalversammlungen usw. betrug 3 617 238 Mark, die für Verwaltung 17 341 663 Mark. Die höchste Ausgabe für Unterstützung hatte England mit 25 597 859 Mark, dann folgt Deutschland mit 9 301 238 Mark, und Oesterreich mit 1 902 077 Mark. Für Streiks und Ausperrungen wurde der höchste Betrag mit 15 839 318 Mark in Deutschland verausgabt, während in England hierfür 3 158 267 Mark, und in Oesterreich 1 631 065 Mark aufgewendet wurden.

Ueber die Bewegung im einzelnen in den verschiedenen Ländern geben die beigelegten Spezialberichte Auskunft. Aus diesen erhellt, daß fast in allen Ländern die Gewerkschaftsbewegung noch nicht einheitlich geworden ist und mehr oder weniger große Organisationen stehen abseits der Gesamtvereinigung, vielfach direkt feindlich dieser gegenüber. Eine Einheitlichkeit der Bewegung, die allein der Arbeiterklasse Erfolge sichern kann, überall herbeizuführen und die geschlossene Gewerkschaftsbewegung international auszugestalten, muß das Ziel sein, das mit aller Kraft anzustreben ist.

Das Ruben der Unfallrente.

Der Charakter der Unfallgesetzgebung als einer bloßen Ergänzung der Armengesetzgebung kommt deutlich in den Bestimmungen über das Ruben der Unfallrente zum Ausdruck. Schon in der Begründung des ersten Unfallversicherungsgesetzes vom Jahre 1881 war ausgesprochen, daß die Unfallgesetzgebung nichts weiter sein solle als „eine Weiterentwicklung der Idee, die der staatlichen Armenpflege zugrunde liegt“, und dieser Grundgedanke hat sowohl dem Gesetzgeber, wie auch das Reichsversicherungsamt in seiner Rechtsprechung stets geleitet. Es soll auf jeden Fall verhindert werden, daß der Unfall zu einem „gewinnbringenden Ereignis“ für den Versicherten wird: die Unfallrente soll den durch den Unfall verursachten Schaden nur insoweit ersetzen, als unbedingt notwendig ist, um zu verhüten, daß der Verletzte der öffentlichen Armenpflege zur Last fällt.

Aus dieser Auffassung der sozialen Versicherung als einer Institution, die in erster Linie zum Schutze der Allgemeinheit und des Unternehmertums, und erst in zweiter Linie zum Schutze der Arbeiterklasse geschaffen wurde, erklärt es sich ohne weiteres, daß dem verunglückten Arbeiter nicht der volle, sondern nur ein teilweiser Ersatz des Schadens ersetzt wird, erklärt es sich auch weiter, daß in bestimmten Fällen die Rente zeitweilig überhaupt nicht gewährt wird. Dies tritt in drei Fällen ein. Das Recht auf Bezug der Rente ruht, solange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder solange er in einem Arbeitshaus oder einer Besserungsanstalt untergebracht ist. Hat der Berechtigte im Inlande wohnende Angehörige, die im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, so ist ihnen die Rente bis zu der Höhe der in diesem Falle zu gewährenden Hinterbliebenenrente zu überweisen. Eine nach dem Unfall geheiratete Ehefrau hat dagegen während der Zeit, in der ihr Ehegatte inhaftiert ist, keinen Anspruch auf Rente. Der Rentenbezug ruht ferner, wenn der Rentenempfänger ein Ausländer ist und seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Inlande hat, sowie für den Ausländer, solange er sich im Ausland aufhält und es unterläßt, seinen Aufenthalt der Berufsgenossenschaft mitzuteilen resp. sich dem deutschen Konsul von Zeit zu Zeit persönlich vorzustellen. Weist der entschädigungsberechtigte Ausländer nach, daß er ohne sein Verschulden den vorstehenden Anforderungen nicht genügen konnte, so kann er für die Zeit seiner Abwesenheit von Deutschland die Rente nachfordern. Die oben erwähnten nachteiligen Gesetzesbestimmungen für Ausländer gelten jedoch nicht für Holland, Belgien, Italien, Luxemburg und die im Reichsrat vertretenen österreichischen Länder.

Um die Rente für die Zeit des Aufenthalts im Gefängnis oder im Ausland entziehen zu können, muß die Berufsgenossenschaft vorher dem Empfänger resp. seinen bezugsberechtigten Angehörigen einen Bescheid zustellen. Erst mit dem Ablauf des Monats, in dem der Bescheid zugestellt wurde, hört die Rentenzahlung auf. Gegen den Bescheid ist Berufung an das Schiedsgericht und Refus an das Reichsversicherungsamt zulässig. Die Rente ist von dem Tage an wieder zu gewähren, an dem der Grund für die Einstellung wegfällt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In der vergangenen Woche sind an sämtliche Zahlstellen, wo Tarifabmachungen im Jahre 1907 bestanden, Fragebogen nebst Begleitbriefen versandt. Die Zahlstellenverwaltungen werden dringend ersucht, die Beantwortung schleunigst zu veranlassen und bis spätestens 26. April die Formulare nebst einem Tarifexemplar dem Vorstande zu übermitteln.

Korrespondenzen

Gera. In einer stark besuchten Versammlung, die am 14. Apr. im Restaur. zum Gänseberg tagt, erstattete der Gauleiter Rudolph Bericht vom Verbandstage. Redner schilderte in ausführlicher Weise die gepflogenen Verhandlungen, die stattgefunden haben, worauf sich die Kollegen mit den Ausföhrungen des Gauleiters einverstanden erklärten. Die Kommission berichtete dann über die zwischen ihr und den Geschäftsinhabern der Firma Korb u. Töpelmann stattgefundenen Verhandlungen. Die Kommission konnte mitteilen, daß die Firmeninhaber bereitwillig zusagten, mit uns weiterzuhandeln. Öffentlich kann baldigt von einem günstigen Abschluß unsrer Lohnbewegung berichtet werden. In Zukunft erwarten wir, daß uns die Gauleitung nicht ganz vergessen möchte.

Hamburg II. Die Situation unsres Streik, hat sich nur wenig geändert. Die Betriebe liegen fast sämtlich still, nur hier und da ist ein „Getreuer“ stehen geblieben. Es sind dies folgende: Als Arbeitswillige fungieren die Hauer G. Weltspott, A. Koch (aus Dresden), welcher am Tage vor der Arbeitsniederlegung als Parlier vorgestellt wurde, um so in verdeckter Form Arbeitswilliger zu sein; des weiteren der Hauer August Wittkau, welcher bei der Arbeitsniederlegung von seinem Arbeitgeber Thorsen (früher Vorführender der Zahlstelle) sogar als Geschäftsteilhaber vorgestellt wurde, aber lediglich nur pro Forma, denn von unsrer Seite aus werden diese Herren nur als Verräter betrachtet. Von den Schleifern erwarben sich Christ, Thader, Schild, Hillemann und Joh. Fluck die Verdienstmédaille eines Arbeitswilligen. Die hiesigen Unternehmer sind in der „Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe“ organisiert und haben hiermit gleichzeitig ihr selbständiges Handeln bei Lohnbewegungen eingebüßt. Die obengenannte Vereinigung hat nun vor einiger Zeit ein Rundschreiben an alle am Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen gesandt, lediglich zu dem Zweck, auf die streikenden Steinmetzen und Marmorarbeiter einzuwirken, damit diese von ihren Forderungen Abstand nehmen möchten, widrigenfalls die gesamten Bauarbeiter ausgesperrt würden. Also hier versucht man eine Arbeiterorganisation gegen die andere als Sturmbock auszuweisen. Aber leider haben die Herren Arbeitgeber das Solidaritätsgefühl der Hamburger Bauarbeiter gewaltig unterschätzt, denn die in Frage kommenden Organisationen haben dieses rundweg abgelehnt und den Streikenden ihre volle Sympathie kundgegeben. Da dieses Mittel nun fehlschlug, hat die obengenannte Vereinigung, um uns Störenfriede zur Ruhe zu bringen, ein zweites Mittel zur Anwendung gebracht. Die Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe hat sich an unsern Zentralvorstand in Leipzig gewandt mit dem Ersuchen, einen Vertreter nach Hamburg zu schicken und die hiesige Angelegenheit in objektiver Weise zu untersuchen, damit weitere Störungen im Baugewerbe vermieden würden. (1) Dieses ist auch wieder eine eigenartige Charakteristik. Wenn bei früheren Lohnkämpfen im allgemeinen die zuständigen Zentralvorstände

over Gauleiter vermittelnd eingreifen wollten, dann wurde dieses fast stets von den Arbeitgebern zurückgewiesen mit der Betonung, nur mit den eigenen Leuten verhandeln zu wollen. Hier in unserm Falle gerade das Gegenteil. Nun, unser Zentralvorstand hat dem Ersuchen der genannten Vereinigung stattgegeben. Es fand nun am Sonnabend, den 18. April, eine diesbezügliche gemeinsame Sitzung statt. Von Seiten der Arbeitgeber war der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Maurermeister W. Lummert sowie noch einige andre Herren vom Baugewerbe und Herr Reiner und Herr Schönfeldt von unsrer Branche anwesend; unsererseits war Gauleiter B. Wiewig sowie die engere Kommission der Steinmetzen und der Marmorarbeiter anwesend. Diese Sitzung dauerte volle drei Stunden und beide Parteien vertraten in der ausgiebigsten Weise ihre Meinungen. Herr W. Lummert betonte unter anderm, daß es ihre Vereinigung auf keinen Fall zulasse, daß eine einzelne Berufskategorie eine Verkürzung der Arbeitszeit einführe, aber wohl bei den einzelnen Kategorien überlassen, ihren Arbeitern Lohnaufbesserungen zu gewähren. Bemerkte sei hier, daß die hiesigen Steinmetzen wie auch die Marmorarbeiter ihre Hauptforderung, die Verkürzung der Arbeitszeit, schon haben fallen lassen und nur noch um eine Erhöhung des Lohns kämpfen. Es wurde in dieser Sitzung kein Endresultat erzielt, sondern nur beantragt von Seiten eines Arbeitgebers, im Laufe nächster Woche eine weitere Sitzung stattfinden zu lassen, an welcher aber nur die Arbeitgeber sowie die Kommission der Arbeitnehmer der Steinmetz- und Marmorbranche teilnehmen sollen.

Lütjensbach. Am 12. April fand hier eine gut besuchte Steinmetzenversammlung statt. Als Vorsitzender wurde Kollege Michael Gegenfuhrner, als Kassierer August Weltin gewählt. Das Referat hielt der Kollege Amproffti aus Kappelrodt. Er legte den italienischen Kollegen den Zweck und Nutzen der Organisation klar. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Versammlungen besser zu besuchen und zu agieren, damit die Zahlstelle wieder vorwärts kommt. Gerade hier muß wegen des großen Indifferentismus, der noch herrscht, alles getan werden, um den Verband hochzubringen. Das italienische Referat hat sehr fruchtbringend gewirkt. Wir müssen jetzt alles versuchen, um die miserablen Löhne in die Höhe zu bringen.

Reinheim. Bei der Firma Frohmann in Reinheim stehen die Kollegen in einer Lohnbewegung. Ehe der Tarif vorgelegt wurde, wurden sechs Mann entlassen. Wie die Schleifer ihren Tarif vorlegten, wurden wiederum vier Mann entlassen. Das sind ganz famose Experimente. Daß sich unsre Kollegen von der Firma so ohne weiteres strangulieren lassen, wird nicht eintreten. Die Zeiten sind vorbei, daß man hier im Odenwald den Verband an die Wand drücken kann. Gauleiter Sarfert war anwesend, er wurde bei der Firma vortrefflich, doch ein Erfolg konnte nicht erzielt werden. Deshalb aber hat die Firma noch lange nicht gesiegt. Unsre Zahlstelle ist gut in Ordnung, die kleine Unternehmerrache werden wir schon überwinden.

Striegau. In der am 14. April hier tagenden Mitgliederversammlung gab der Kassierer des Referats Bericht vom verfloßenen Quartal. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig erklärt. Hierauf berichteten die Kollegen Rieger und Müller über die Verhandlungen des letzten Verbandstages. Die Versammlung erklärte sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden, nur wurde vom Kollegen Hübler die Anstellung eines zweiten Gauleiters für Bayern bemängelt. Nachdem die örtliche Reiseunterstützung wegen allzu großer Belastung der Kassa von zwei auf eine Mark herabgesetzt wurde, kam die Arbeitsniederlegung in GutsMuths zur Sprache. Die Firma Bachmann hatte fünf in vorberer Reihe stehenden Kollegen gekündigt. Die Kündigung steht wahrscheinlich mit der Einreichung des Tarifs im Zusammenhang, allerdings bestreitet dies die Firma. Hierauf reichten 18 andre Kollegen ihre Kündigung ein. Da bis zum 12. April keine Einigung zustande kam, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Da bis zum 15. April aber ein großer Teil der Kollegen untergebracht werden konnte, beschloß die Versammlung, den Kollegen eine Unterstützung von 2,50 Mark pro Tag zu zahlen aus der örtlichen Kasse. Bei der Neuwahl der Gauleitung wurde Kollege O. Schimpke zum Gaukassierer gewählt, da Kollege Kaufmann krankheitshalber eine Wiederwahl abgelehnt hatte. Der 1. Mai soll, wie in früheren Jahren, durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert werden. Für die Inhaftierten im Mutschalkgebiet wurden 50 Mark bewilligt. Für mehrere ausgesetzte frange Kollegen soll eine Sammlung vorgenommen werden. Ferner wurde folgender von Rieger gestellte Antrag angenommen: „Für die Kollegen, die krank sind und die Kassenzeit noch nicht durchgemacht haben, übernimmt die Zahlstelle während der Dauer der Krankheit die Zahlung der Erwerbslosenmarkte.“

Rundschau.

Der gesprengte Ring. Der Verband der Arbeitgeber des Pflastererzwerbes für München hat sich in einer Eingabe gegen die Veranstaltung einer allgemeinen Submission für Pflasterarbeiten ausgesprochen. Rechtsrat Schlicht bemerkte am 13. April zu dieser Eingabe im Magistrat, daß, nachdem die Appaltierung zukünftig in Regie ausgeführt wird, die städtischen Kollegen beschloßen haben, den Münchener Pflastermeistern Pflasterarbeiten, die früher in Regie ausgeführt wurden, auf dem Wege einer engeren Submission zuzuwenden. Es handelte sich dabei um keine geringe Summe, sondern um Arbeiten im Betrage von 50—60 000 Mark. Der Verband bildete nun einen Ring und alle Submittenten verlangten den gleichen, sehr hohen Preis, weshalb die Kollegen beschloßen, eine allgemeine Submission auszusprechen. In dieser allgemeinen Submission beteiligten sich auch Mitglieder des oben erwähnten Verbandes, ja ein Verbandsmitglied war Mindestnehmer (1) und erhielt den Zuschlag. Der Ring war also in die Brüche gegangen. Der Referent erklärte, daß der Vorfall hätte hintangehalten werden können, wenn das Stadtbauamt gleich von Anfang an eine allgemeine Submission für diese Arbeiten veranstaltet hätte. Künftig werde man die Arbeiten bei der allgemeinen Submission aber auch in Lose teilen.

Dem Steinmetzmeisterverband sind beigetreten: Granitwerke Kleeemann in Weizenstadt (Nichtelgebirge) und G. Borzel in Hildburghausen.

Schwierigkeiten beim Streibbrecherfang und -transport hatte das Kohlenhndifat in Ludwigschafen. Dort war vor einigen Tagen ein Streik ausbrochen und die zuständigen Hafenarbeiter sollten von 20 Arbeitswilligen aus Holland ersetzt werden. Zur Beförderung der Leute nach Mannheim wurde ein eigens bestellter Extrawagen der elektrischen Straßenbahn an den Ludwigschafener Hauptbahnhof dirigiert, der dort unter dem Schutze eines ziemlich starken Polizeiaufgebots stand. Man hatte zu diesem Transportmittel gegriffen, nachdem sämtliche Reeberefirmen Mannheim-Ludwigschafens den Transport dieser Arbeitswilligen abgelehnt hatten mit der Begründung, kein Schiff zur Verfügung zu haben. Das Schiffspersonal würde sich auch geweigert haben, ein derartiges Transportschiff zu bedienen. Als die holländischen Arbeiter bei ihrer Ankunft in Ludwigschafen von den am Bahnhof aufgestellten Streikposten, die sich übrigens durchaus ruhig verhielten, die entsprechende Aufführung erhielten, erklärten sie, Streibbrecherarbeit nicht zu verrichten, und verlangten sofortige Rückkehr nach ihrer Heimat, welchem Verlangen auch entsprochen wurde.

Beendeter Streik. Zum Streik der Bildhauer bei den Firmen Reidler u. Wimmel und Schilling in Bunzlau ist zu berichten, daß derselbe nach Beilegung der kritischen Punkte beendet

und die Arbeit auf beiden Wertplätzen wieder aufgenommen worden ist. Die Forderung der siebenstündigen Arbeitszeit (früher 7 1/2 Stunden) unter Zahlung des bei letzterer Arbeitszeit erzielten Lohnsatzes ist nach wiederholten Verhandlungen seitens der Lohnkommission mit den Vertretern der Firmeninhaber endgültig zugestanden worden.

Auch die Steinarbeiter gönnen den Bildhauern den ersehnten Sieg von Herzen.

Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen. Die Abrechnung des Bauhilfsarbeiterverbandes für das Jahr 1907 ergibt einen Mitgliederbestand von 74 567 bei einem Verbandsvermögen von 876 875.43 Mark. Die Ausgaben für streikende Mitglieder beliefen sich auf 813 174.14 Mark, für ausgesperrte auf 51 316.84 Mark. Hierzu kommen noch die Ausgaben für durch die Kämpfe in Mitleidenhaft geogene sowie für gemäß regelte Mitglieder. Die Organisation hat also gerade auf dem Gebiete des Kampfes eine außerordentliche Leistungsfähigkeit erlangt. — Der Brauereiarbeiterverband zählte am Schlusse des vierten Quartals 32 302 männliche und 875 weibliche Mitglieder. Der Vermögensbestand der Hauptklasse betrug 376 231.22 Mark. — Der Buchbinderverband schloß das Jahr 1907 ab mit einem Mitgliederbestand von 22 059, davon 9285 weiblichen Mitglieder. Der Bestand der Verbandskasse belief sich auf 90 437.49 Mark.

Der Kampf des Maurer. Der Zentralverband der Maurer veröffentlicht in Nr. 14 des Grundsteins seine Jahresabrechnung für 1907. Die Mitgliederzahl wird mit 197 066 angegeben gegen 193 066 im Vorjahr. Erfreuliches bringt der Bericht über den Vermögensausweis.

Danach betrug der Bestand an Hauptkassengeldern:

in den Zweigvereinen	11 921.26	Mark
Kassenbestand in der Hauptklasse	42 063.60	"
Per Bank belegt	3 486 183.53	"
Summa	3 540 168.39	Mark

Kassenbestand in den Kantassen 41 276.81 "

Kassenbestand der Lokalkassen und Lokalfonds in den Zweigvereinen 1 178 611.11 "

Gesamtvermögen 4 800 056.31 Mark

Gesamtvermögen am Schlusse des Vorjahres 3 564 171.84 "

Mehr gegen das Vorjahr 1 235 884.47 Mark

Man ersieht daraus, daß die Maurer den Kämpfen entgegensehen könnten, wenn die vollständige Einigung allen Einigungen entgegen nicht zustande kommen sollte.

Die Abrechnung des Maurerverbandes muß auch uns anspornen, die Kassenverhältnisse noch günstiger zu gestalten.

Eine Versammlung des Deutschen Zeichnerverbandes mit mehreren lokalen Vereinen ist während der Osterfeiertage in Dresden am Deutschen Zeichnerstage vollzogen worden, und zwar auf Grundlage der Privatbeamtenbewegung. Den Delegierten des Deutschen Musterzeichnerverbandes, der immer schon als ein etwas unabhängiges Element in der Zeichnerbewegung galt, war eine Entschliebung nicht möglich.

Recherchierungen im Brückenbau. In der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure wird von F. Dirksen der Brückenbau in den Vereinigten Staaten von Nordamerika in eingehender und interessanter Weise beschrieben und durch viele Abbildungen und Zeichnungen erläutert. Es ist erstaunlich, in welcher kurzer Zeit dort große eiserne Brücken montiert werden. Als Regel gilt, daß eine eiserne Brücke von 60 bis 70 Meter Spannweite an einem Tage soweit zusammengebaut wird, daß sie sich frei trägt. Eine Brücke mit drei Öffnungen zu je 66 Meter wurde von zwanzig Mann in zwölf Arbeitstagen vollständig betriebsfähig zusammengebaut; wobei erst das Montagegerüst errichtet und der alte Holzüberbau der Brücke abgebrochen werden mußte. Die Kattobridge über den Ohio mit einer Spannweite von 158 Meter und 900 Tonnen Eisengewicht wurde in sechs Tagen betriebsfähig hergestellt. Die Ringobridge über den Ohio, mit drei Öffnungen von 90—210—90 Meter und einem Eisengewicht von 6000 Tonnen wurde von 85 Arbeitern in 60 Tagen montiert. Beim Bau der Hochbahn in Brooklyn wurde folgende Höchstleistung erzielt: an einem achtstündigen Arbeitstage montierten 22 Arbeiter 17 Öffnungen von je fünfzehn Meter Spannweite und je 50 Tonnen Eisengewicht. Bei der Montage der Cambridgebrücke in Boston, einer 32 Meter breiten Bogensbrücke mit 11 Öffnungen von 44 bis 57 Meter und einem Eisengewicht von 8000 Tonnen haben 85 Arbeiter nur 155 Tage geschafft. Diese erstaunlichen Leistungen sind allerdings nur möglich, weil die Amerikaner Hilfsgeräte und Maschinen zur Montage verwenden, die in Deutschland noch ganz unbekannt sind. Wie der Verfasser anführt — deshalb, weil die Arbeiterlöhne in Deutschland so niedrig sind, daß sich die zum Teil sehr teuren technischen Hilfsmittel bei uns nicht rentieren würden. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß niedrige Arbeiterlöhne den technischen und kulturellen Fortschritt hemmen.

Schwerer Unglücksfall. In Gröbba bei Riesa berunglückte am 15. April der Steinpalter Hermann Schneider tödlich. Schneider spaltete einen 120 Zentner schweren Stein. Dieser kippte um und Sch. wurde vollends zerbrüht. Sein Tod trat sofort ein. Eine Witwe und vier unmündige Kinder trauern um den treu sorgenden Familienvater.

Allgemeine Bekanntmachungen.

St. Margarethen (Schweiz). Mein Verbandsbuch (Nr. 12888), ausgehüllt in Osterwald, ist verloren gegangen. Ich bitte um Ueberfindung. **Thomas Janter, St. Margarethen bei Sigli, Unterdorf.**

Aue i. Erzgeb. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Steinmetzen Richard Reinhold Franz aus Böhlitz anzugeben. **Johann Höger, Vertrauensmann, Bergfreiheit 17.**

Eisenach. Ersuche die Ortsverwaltungen, den Kollegen Ernst Simon, Marmorfleischer, geb. am 14. Februar 1889 in Eisenach, und Johannes Simon, Marmorbrecher, geb. am 22. Mai 1867 in Dermbach, keine neuen Karten auszustellen. Diese sind abgereift, ohne ihre Unternehmungen in Ordnung zu bringen. **Die Ortsverwaltung.**

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 18. April. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankens- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Leipzig, Ins. (John), 2.40; Marktweiden, Ins. 0.70; Kassel (Brenbel), M. 4.50; Würzburg, B. 62.56, K. 42.90, M. 2.50, X. 2.—; Auerbach, B. 15.18, E. 0.50, K. 1.20, M. 2.60; Altteiningen, B. 47.46, E. 2.—, K. 4.80, M. 2.40; Altenhagen, B. 25.20, K. 1.45, M. 4.10; Berlin I, K. 100.—; Breslau I, B. 184.—, E. 0.50, K. 40.—; Bochum, B. 46.—; Braunschweig, B. 37.26, E. 0.50; Büchberg, B. 39.90, K. 3.60; Bühlertal, B. 2.10, K. 0.80; Baumholder, K. 4.25, M. 5.50; Becke, B. 22.80, K. 0.60, M. 3.60; Brück, B. 38.—, E. 10.—, K. 10.—; Gunawalde, B. 144.—, K. 9.—, X. 2.—; Krefeld, B. 87.40, K. 5.—; Demitz-Thumitz, B. 630.—, E. 2.50, K. 20.—; Dürr-Arnsdorf, B. 57.—, E. 6.50, M. 0.50; Eisenach, B. 6.90, E. 2.—, K. 7.80; Eisenach, B. 218.28, E. 5.25, K. 2.10, M. 2.90, X. 2.—; Eckenstein, B. 407.40, E. 2.—, K. 35.30, M. 1.50, X. 4.—; Emmendingen, B. 184.—, M. 1.20, X. 3.—; Effen, B. 460.—, E. 25.—, K. 30.—, M. 1.55; Faulbach, K. 10.—, M. 1.20; Floß, B. 168.—, K. 10.—; Fichtenbach, B. 94.50, X. 3.—; Geßrees, B. 126.—, E. 6.—;

Gera, B. 93.84, E. 0.50, K. 1.60; Görlitz, B. 86.75, M. 1.—; Geyer, B. 44.52, K. 10.—; Hamburg I, B. 460.05, K. 30.—, X. 2.—; Hall, B. 53.34, K. 9.50, M. 4.30; Herlichsdorf, B. 43.82, K. 2.90; Hildeheim, K. 10.—; Halberstadt, B. 23.—, K. 2.05, M. 1.20; Harbheim, B. 46.—, K. 14.—; Hoof, K. 20.—; Hohenau, B. 188.—, E. 1.—, K. 17.30, M. 1.20; Hafferode, B. 782.—; Herbede, B. 92.—; Hagen, Div. 21.90; Heibinsfeld, B. 92.—, E. 0.50, K. 10.—; Königsblutter, B. 46.—; Knittlingen, B. 35.22, K. 30.50; Klingenberg, B. 33.22, E. 2.50, K. 8.60; Kleinheubach, B. 12.60, E. 4.—, K. 0.90, M. 2.—; Ramenz, B. 218.08, E. 1.—, K. 2.—, X. 1.50; Riefersfelden, B. 138.—, K. 9.75; Kleinrinderfeld, B. 11.50, K. 5.50, M. 1.—; Rudwigsbafen I, B. 95.76, K. 14.90, X. 4.—; Rauban, B. 13.50; Lutter, B. 141.96, K. 24.30; Söbejun, B. 220.16, E. 10.50, K. 1.90; Langenalthelm, B. 126.—, K. 3.90; Sütchenbach, B. 184.68, E. 12.—, K. 1.70; Mittelsteine, B. 42.—, E. 1.50; Mühlberg, B. 108.78, E. 1.50, K. 7.60, M. 2.50; Mittweida, B. 420.—; Mühlhausen i. Gh., B. 276.—, K. 50.—, E. 4.50, X. 12.50; Mühlhausen i. Thür., B. 167.90, K. 19.60, M. 3.—; Mey, B. 149.50, K. 0.50; Martzbreit, B. 23.—, E. 0.50, K. 2.—; Oberdorf, B. 144.40, E. 3.50, K. 13.30; Offenbach, B. 138.—, E. 1.—, K. 20.—, X. 9.50; Ottenhöfen, B. 188.—, E. 20.—, K. 8.50; Oberlungwitz, B. 56.24, K. 0.60; Pappenheim, B. 51.60; Pirna, B. 1390.—, E. 6.50, K. 90.—; Pitzgramschreuth, B. 170.52, K. 1.10; Regensburg, B. 105.—, K. 5.80, X. 1.—; Randersader, B. 153.64, E. 3.50, K. 20.—, X. 4.50; Rüdgers, B. 115.50, E. 1.50, M. 0.75; Roth, B. 98.44, E. 2.50, X. 15.50; Reichenbach, B. 420.—, X. 5.50; Reinheim, B. 161.92, K. 5.60, M. 0.75, X. 3.—; Rieta, B. 184.—; Springe, B. 33.60, K. 1.65; Sadisch, B. 210.—, K. 23.55, M. 1.20; Sparnack, B. 58.32; Sulzfeld, B. 152.—, K. 15.—, M. 1.55; Solnhofen, B. 51.24, E. 0.50, K. 1.70, M. 3.80; Schopfloch, B. 47.88, K. 40.50; Treuschlingen, B. 68.08, E. 0.50, K. 2.90; Treuen, B. 46.—; Wenig-Radwitz, B. 535.90, E. 0.50, K. 8.10, X. 7.—; Worms, K. 4.—, M. 0.50; Braunau, B. 1.80; Lüneburg (Jahr), B. 4.95; Güsten, B. 7.15; Wilster, B. 5.60; Rempten, B. 24.75; Beelitz, B. 6.80; Schamerin, B. 8.80; Werbau, B. 7.40; Heide, B. 5.—; Meh (Schmidt), B. 230.; Hagenau, B. 5.—; Gagenfeld, B. 8.25; Leer, B. 14.85; Au, B. 1.75; Demmin, B. 3.30; Rothenburg a. Fulda, B. 3.60; Passau, B. 0.90; Schrems, B. 3.60; Hoyer, B. 3.30; Brade, B. 2.10; Eisenach, Ins. 1.—; Schaaheim, B. 1.05; Koburg, B. 6.60; Immelborn, B. 10.10; Stralund, B. 4.95; Witten, B. 46.—; Worms, B. 23.92, M. 0.70; Treuen, K. 8.60, M. 1.40, X. 3.50; Rimbach, B. 94.50, E. 2.50, K. 1.60, X. 3.—; Rößbach, B. 109.20; Polen, B. 16.10, E. 2.—, K. 0.10, M. 3.55, X. 7.50; Oldenburg, B. 92.—, K. 5.—, M. 2.80; Neuenstein, B. 17.22, E. 1.—, K. 1.70; Weizen I, B. 282.90, K. 0.60; Kirchbera, B. 84.—, K. 5.25; Kirchheim, B. 161.—, K. 9.20; Kirchenamitz, B. 368.60, E. 1.50, K. 9.30, M. 0.40; Herford, B. 34.50, E. 1.—, K. 0.70, X. 3.—; Herbede, B. 11.50, E. 5.75;

Hagenau, B. 46.21, E. 1.—; Hamburg II, B. 92.—, K. 13.75; Görlitz, B. 161.—, M. 0.80; Göttingen, B. 46.20, K. 15.85, M. 2.50; Fichtenbach, B. 0.84, E. 2.50, K. 31.60, X. 3.—; Ziegelanger, B. 42.—, E. 3.—, K. 40.—; Dresden, B. 2070.—, K. 296.—, X. 75.—, Div. 50.—; Beuel, B. 31.28, K. 2.—, M. 0.20; Bede, B. 228.—; Quenflöden, B. 114.—, E. 9.50, K. 7.60, M. 0.40; Lemgo, B. 2.—; Mibling, B. 46.—; Breslau I, B. 188.—, K. 1.50; Baugen, B. 76.70, K. 1.05; Blankenburg, E. 0.25, X. 4.—; Erstein, B. 11.05, K. 0.20; Hof, B. 115.—, E. 0.50, K. 5.50, M. 2.50, X. 3.—; Hannover, B. 460.—, K. 20.—, M. 2.50, X. 3.—; Langensalza, B. 73.60, E. 0.25, K. 1.90; Kaiserslautern, B. 50.40, K. 30.15, M. 1.20, X. 15.—; Wirsberg, B. 111.30, E. 8.—, K. 19.70, X. 4.—; Wiesbaden, B. 32.20, K. 0.05; Kassel, Seibel, M. 1.—, Krämer, M. 1.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Norms. Vorf. u. Kass.: Georg Gruber, Martinsgasse.
Süßbach. Vorf.: Michael Gegenfuhrner, Kass.: Aug. Beltin.
Sulzfeld. Kass.: Karl Förster, Bahnhofstraße.
Hodenau-Neudorf. Kass.: Paul Koch, Hodenau, Post Neudorf.
Friedenhausen. Vorf.: Anton Hoffmann.
Geisenkirchen. Vorf.: Karl Jänick.
Mainz. Vorf.: Jakob Schmidt, Dahlbergsstraße 14, pt. I. — Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt von 12—1 Uhr mittags und von 6 1/2—8 Uhr abends.
Berlin II. Kass.: A. Brühn, Stargarder Straße 60.
Bremen. Vorf.: Karl Maus, Bamberger Str. 8, II. Kass.: Wilh. Tschödel, Bremerhavener Straße 15. Reiseunterstützung zahlt Karl Maus auf Werkplatz Schmidt u. Schäfer aus.
Oldenburg. Vorf.: Franz Koppitsch, Junkerstraße-Donnerschwee.
Kirchbrad. Vorf. u. Kass.: Heinrich Timmermann
Gotha. Vorf.: Andreas Zeh, Langenlauer Str. 66.

Briefkasten.

J. S. Selbstredend nehme ich Deinen Artikel auf. Besten Gruß — 100.— Die Angelegenheit findet ihre Erledigung, indem Du Dich bei Deiner Eingabe auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches stützt.
 Die Nr. 15 des Steinarbeiter ist vollständig vergriffen; sollten in einzelnen Zahlstellen Exemplare dieser Nummer noch vorhanden sein, so ersuchen wir, diese der Redaktion zu übermitteln.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin I.

Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 in der Lebensquelle, Kommandantenstraße 20.

Tagesordnung:
 1. Berichterstattung vom Verbandstage. — 2. Vierteljahrsabrechnung. — 3. Maifeier. — 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.
 Anmerkung: Unsere dies-äbrige Maifeier findet gemeinsam mit der Filiale II in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18, statt.

Umfassende Kenntnisse
 im Hoch- und Tiefbau sowie im Stukkateur- u. Steinmetzberuf erlangt man durch die Selbstunterrichtswerke Syst. Karnack-Hachfeld. Glänzende Erfolge. Ansichtsendungen über jed. einz. Unterrichtsfach. Prospekte u. Anerkennungsschr. gratis u. franko.
Bonness & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Albert Baumann, Aue im Erzgebirge.

Neuheit!
Gesteinsbohrer-Härte- und Schärföfen.

Bei diesen Öfen kann ein Verbrennen des Bohrstaehes nicht stattfinden. Der Bohrstaeh behält immer seine Güte.
Wichtig für jeden Bohrbetrieb.
 Fabrikation von Härteöfen und Steinmetz-Geschirren.



Albert Baumann
 Werkzeug-Fabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
 über alle
Steinmetz-Geschirre
 versende
gratis.
 Lieferung sofort!

Hobelbandstaeh in vorzüglicher Qualität 15 x 0,38 mm

Steinmetzbleistifte echt Meibach'sches Fabrikat, rund u. nach

Steinmetzbesen harte und weiche, mit und ohne Griff

Steinmetzknüppel in prima Weichbuche und Chinaholz

hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Zackets, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
 = Bartschstraße 101. =

Zahlstelle Demitz-Thumitz!

Alle Kollegen, denen es möglich ist, den 1. Mai zu feiern, werden ersucht, sich mittags Punkt 1 Uhr im Gasthof zu Neus-Schmölln einzufinden.
Die Ortsverwaltung.

Steinmetzschule zu Berlin

Neanderstrasse 3, v. III.
Ausbildung zum Steinmetztechniker, Meister, Architekten.
 Abendkurse. Stukkateurschule. Tageskurse.

Rohr-Körbe



aus gangen Rohrstangen gearbeitet, sind billigste für jeden Wirtschaftsbetrieb, 8mal länger haltbar als Weidenkörbe; dabei leicht und ansehnlich. Kaufe = direkt von Rohrstabfabrik =
Julius Tretbar in Grimma 627.

Mehrere tüchtige Steinhauer

sowie
Hand- und Maschinenschleifer
 werden für sofort gesucht.
Ghent- u. Granitwerte Groß-Bieberau (Odenwald).

Tüchtigen Steinmetz

auf Grabsteinarbeit, der auch sauber Granitschrift hauen kann, stellt sogleich ein, event. auch dauernb
E. Zimmermann in Strausberg b. Berlin.

Jeder Steinmetz

kann sich nebenbei durch Verkauf einiger guter Artikel hübschen Nebenverdienst schaffen. Adr. senden unt. 8320 an die Exp. d. Bl.

Steinmetzen

auf bayrischen Granit, Lohn nach neuem Tarif, sucht sofort
K. Kronpass, Grabsteingeschäft
 Fürstzell bei Passau.

Erklärung.

Durch mein Vorgehen sind einige Kollegen beleidigt, welches meinerseits unbewußt geschehen. Ich nehme es deshalb an dieser Stelle mit Bedauern zurück und werde meinen Kollegen fernerhin beweisen, daß ich zum Wohle der Organisation weiterarbeite.
Mibling, im April 1908. Anton Balisch.

Gestorben.

In Dresden am 13. April der Kollege **Richard Dittmann**, 37 Jahre alt, an Herzbeutelwasserlucht.
 In Friedenhausen am 12. April der Kollege **Peter Kraus**, 23 Jahre alt, durch Schädelbruch.
 In Gröbba bei Riesa am 15. April der Kollege **Hermann Schneider**, 35 Jahre alt, durch Unglücksfall.
 In Pirna am 16. April der Kollege **Max Busch**, 35 Jahre alt, an der Lungenentzündung.
 In Waldheim am 17. April der Kollege **Albert Leutert**, 27 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
 Verlag von Paul Starke in Leipzig.
 Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Konsequenz des Klassenkampfes.

Nach der letzten Reichstagswahl verkündeten die Blokkparteien in ihrem Siegestrausch, daß sie jetzt die sozialpolitische Gesetzgebung im Interesse der Arbeiter erst recht ausbauen würden. Damit ist inzwischen der erste Anfang gemacht: das Reichsvereinsgesetz mit seiner Vergewaltigung der Arbeiterjugend und mit seinem Sprachen-Schikanierungs-Paragrafen legt hieron Zeugnis ab.

Dieses Zeugnis wird von den Arbeitern wie von den Unternehmern gebührend gewürdigt. Die Arbeiterchaft protestiert geschlossen gegen die beiden schamlosen Ausnahmebestimmungen. Die Unternehmer aber erklären offen, daß sie jetzt mit Hilfe der bürgerlichen Parteien in allen Fragen des Profitinteresses die rücksichtslose Vergewaltigung der Arbeiter durchsetzen können, wenn sie nur den nötigen Druck auf die bürgerlichen Parteien ausüben. Sie sind daher eifrig dabei, um die für sie so günstige politische Situation in vollem Maße auszunutzen.

Die Unternehmerpresse macht nämlich gegenwärtig Stimmung für einen Bund der gewerblichen Unternehmer, der nach dem Vorbilde des Bundes der Landwirte „den gebührenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ausüben“, d. h. den Kampf gegen die Arbeiterchaft mit den Machtmitteln der Gesetzgebung und Verwaltung führen soll.

Wie die Sozialdemokratie die Gesetzgebung einseitig den Wünschen der Arbeiterchaft anpassen will, so soll, heißt es der Arbeitgeber-Zeitung zufolge in einem an die Ausschlußmitglieder des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände gerichteten Schreiben, „der Bund der gewerblichen Arbeitgeber diesem Bemühen, das nach und nach zur völligen Entrechtung des Unternehmertums zu führen droht, Widerstand leisten und die Verwirklichung der gegen die sinnlose sozialpolitische Gleichmacherei gerichteten Einwendungen des Unternehmertums seitens der gesetzgebenden Körperschaften erzwingen.“

Dabei zielt der Bund der gewerblichen Arbeitgeber nicht etwa auf die Bildung einer neuen politischen Partei ab. Er soll vielmehr jeder bürgerlichen Partei neutral gegenüberstehen und sich damit begnügen, gegen die Elemente Front zu machen, die sich nicht ganz willenlos den Befehlen des Bundes der gewerblichen Arbeitgeber fügen wollen.

Darum wird der Bund bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen alle Kandidaturen bekämpfen, die ihm nach dieser Richtung hin zur Kritik Veranlassung geben, und ebenso wird er diejenigen Kandidaten unterstützen, welche sich seinen Bestrebungen anschließen.

Für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Pläne in irgendeiner Form zur Durchführung kommen. Haben wir doch schon bisher Arbeitgeber-Verbände wie den Bund Deutscher Industrieller als Vorkämpfer der Unternehmer-Interessen genau nach dem neuen Vorschlage bei der Arbeit gesehen. Sind doch, um nur das letzte Beispiel für die Erfolge dieser Arbeitgeber-Verbände anzuführen, die Ausnahmebestimmungen des Reichsvereinsgesetzes ganz dem Interesse der Großunternehmer angepaßt.

Bisher aber ist der enge Zusammenhang zwischen der bürgerlichen Mehrheit der Gesetzgebung und öffentlichen Verwaltung auf der einen Seite und den Unternehmern auf der andern Seite möglichst vertuscht und abgeleugnet worden, um den Schein einer „völligen Unabhängigkeit“ der Regierungen zu wahren. Das Bezeichnende an dem jetzigen Vorgehen der Unternehmer liegt darin, daß die Herren die Aufrechterhaltung dieses Scheines nicht mehr

für nötig oder möglich erachten und jetzt in voller Deffentlichkeit ihre Kräfte zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung in Gesetzgebung und Verwaltung sammeln. Der Einfluß, den die Sozialdemokratie auf unser wirtschaftliches und politisches Leben im Interesse der Arbeiter ausübt, ist, wie die Unternehmer zur Rechtfertigung ihres jetzigen Vorgehens ausdrücklich erklären, so stark geworden, daß alle Vertuschungsmittel versagen.

Diese Tatsache zeigt am besten, wie wenig berechtigt die Redereien über die angebliche gegenwärtige Ohnmacht der Sozialdemokratie in Deutschland sind. Gerade weil die Sozialdemokratie mehr und mehr erstarbt und einen immer größeren Einfluß auf unser wirtschaftliches und politisches Leben gewinnt, deshalb wird der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien immer schärfer. Ihr gegenüber schließen sich die bürgerlichen Parteien zusammen. Die Sozialdemokratie wird scheinbar mehr und mehr von der Mitarbeit in Gesetzgebung und Verwaltung ausgeschlossen. In Wahrheit aber zwingt die Machtstellung der Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien mehr wirkliche Zugeständnisse ab, als das bei dem freundschaftlichsten Verhältnis zwischen uns und unsern Gegnern möglich sein könnte. Das ist nun einmal die Konsequenz des Klassenkampfes. Wirtschaftliche und politische Rechte müssen eben erkämpft werden, sie hängen nicht von der Freundschaft ab. Wie wäre wohl das neue Vereinsgesetz erst ausgefallen, wenn nicht die Angst vor der Sozialdemokratie mitgewirkt hätte!

Eine weitere Konsequenz des Klassenkampfes ist es, daß die Unternehmer selbst durch ihre offensivende Einwirkung auf die Gesetzgebung und Verwaltung die Komödie von der Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien aufgeben müssen. In einer solchen Situation, wie der gegenwärtigen, wird das Spiel mit arbeiterfreundlichen Redensarten für die Unternehmer selbst bedenklich. Sie bekämpfen die Sozialdemokratie als die erfolgreiche Vorkämpferin der Arbeiterklasse. Das müssen die Unternehmer mit aller Deutlichkeit aussprechen, um die bürgerlichen Parteien und die Regierungen fest in der Hand zu behalten und alle Seitensprünge solcher „Elemente“, die gerne auch als Arbeiterfreunde glänzen möchten, ein für allemal zu verhindern. Keine Verbesserung der Arbeiterschutzgesetze, keine „sinnlose sozialpolitische Gleichmacherei“, völlige Ausbeutungsfreiheit: das ist der Preis der Unternehmer für ihre Unterstützung der bürgerlichen Parteien und der Regierungen, und dieser Preis, so verlangen es jetzt die Unternehmer, soll ihnen in voller Deffentlichkeit zugesagt werden.

So müssen die Unternehmer dank der Konsequenz des Klassenkampfes uns bei der Auffklärungsarbeit unter den Arbeitern unterstützen. Denn selbstverständlich muß jeder soldatische Arbeiter aus der tatkräftigen Interessensolidarität der Unternehmer gegen die Arbeiter den Schluß ziehen, daß auch die Arbeiterklasse sich mit allen ihren Kräften gegen die Unternehmer zusammenschließen muß. Daraus erwächst die immer weitere Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung bis zum vollen Siege der Arbeiter.

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion.

V.

Die christlichen Gewerkschaften sind, ihrer parteipolitischen Struktur nach betrachtet, ein eigenartiges Gebilde. Begründet, um die Gefilde der Zentrumsparterie vor einer sozialdemokratischen Invasiön zu schützen, wuchsen sie bald über diese Aufgabe hinaus

und wurden zu einem Schutzwall der gesamten politischen Reaktion gegen die anschwemmende Hochflut der Sozialdemokratie. Unter der Herrschaft des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sind auch arbeiterfeindliche Parteien auf Arbeiterstimmen angewiesen, wenn sie nicht an Einfluß und Bedeutung verlieren wollen. So begünstigten denn neben dem Brotwucherzentrum die schärfmacherschen Nationalliberalen, die reaktionären Antifeministen, ja sogar die Junker und Junkerengenossen, die Konfessionsfremden, die christlichen Gewerkschaften. Dieses rüdtändige Gemischel ging von der wohl erwogenen Absicht aus, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben, damit der proletarische Bruderkrieg den Aufstieg der arbeitenden Klasse hemme. Und diese Spekulation auf Dummheit und Unverständnis war leider keine falsche. Trotdem die „Christen“ die Arbeiterfeindschaft ihrer Hintermänner in Hunderten von Fällen erfahren mußten, leisteten sie ihnen noch immer getreulich Wahlsilfe. Dabei hätten Arbeiterorganisationen alle Ursache, eine solche auffällige Freundschaft der Reaktionäre abzuwehren, da sie nur kompromittierend wirkt. Organisationen, die die Freundschaft dieser Leute finden, dienen wahrlich nicht allein dem Arbeiterinteresse! Organisationen, die sich nicht nur die Freundschaft dieser Leute gefallen lassen, sondern ihnen gar politische Handlangerdienste leisten, können sich auch nicht in die Toga der politischen Neutralität hüllen!

So gern die christlichen Gewerkschaften das letztere auch möchten, es gelingt ihnen nicht ganz, selbst aus ihrer Presse und ihren Werken schaut der parteipolitische Pferdeschweif heraus. Mein die auffällige Tatsache, daß bei der legislativen Behandlung solcher Gesetzentwürfe, die gewerkschaftliche Angelegenheiten betreffen, die Ausführungen der christlichsozialen und Zentrumsabgeordneten in breiter Ausführlichkeit von der christlichen Gewerkschaftspresse wiedergegeben werden, während diejenigen der sozialdemokratischen Redner entweder verschwiegen oder direkt bekämpft werden — trotdem die stenographischen Berichte beweisen, daß die erstern nur ein schwacher Abklatsch der letztern waren — wirkt ein bezeichnendes Licht auf die politische Stellung dieser Gewerkschaften. Aber es fehlt in der christlichen Gewerkschaftspresse auch nicht an offenen Eingeständnissen ihrer parteipolitischen Tätigkeit. Nach der Wahl des Zentrums-abgeordneten Oswald zum bayerischen Landtag gesteht die Gewerkschaftsstimme, das Organ der christlichen Hilfs- und Transportarbeiter präherlich ein, daß „unser Verband bei der letzten Parlamentswahl so intensiver Interessenvertretung alles daran setzte“. Oswald ist allerdings Mitglied des Verbandes, aber da doch in Bayern kein berufständiges Wahlsystem besteht, so legte man sich doch nicht für den Berufs-kollegen, sondern den Politiker ins Zeug und die „politische Neutralität“ erhielt ein unheilbares Loch!

An die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften schien auch der deutsche Maler, das christliche Malerorgan, nicht recht zu glauben, als er Anfang Juli 1906 schrieb: „Die heute bestehenden (Partei-) Verhältnisse reizen sehr wenig dazu (zur Betätigung innerhalb der Parteien), so mal in solchen Gegenden, wo man sich unser nur dann zu erinnern pflegt, wenn man sich Augen aus unserer Anteilnahme an Wahlen usw. verspricht, um uns dann, wenn man unser nicht mehr bedarf, mit wenig Dank über vielen billigen Versprechungen zu verabschieden. Unsre Gutmütigkeit hat uns bisher blutwenig eingebracht und es dürfte absolut nicht überflüssig sein, die oft und bereitwillig geleisteten Dienste ab und zu ins Gedächtnis zurückzurufen, damit wir nicht zum Schaden später auch noch mit Spott traktiert werden.“ Den sie allerdings schon heute vollauf verdient hätten, dürfen wir wohl mit Recht hinzusetzen. Arbeiter, die sich der politischen Reaktion in die Arme werfen, durch Zersplitterungsorganisationen die Stohkraft der Arbeiterbewegung schwächen und als ihre vornehmste Aufgabe den Kampf gegen die eigenen Klassenengenossen, also gegen die eigenen Interessen, betrachten, haben Spott und Hohn überreich verdient. Zumal die Christenmenschen so töricht sind, daß sie, wenn sie ihre Interessen wahren wollen, diesen direkt ins Gesicht schlagen. Solches berichtet nämlich der christliche Keramarbeiter, indem er eine Resolution mitteilt, die in einer am 31. Dezember 1905 in Niederpleis tagenden christlichen Arbeiterversammlung angenommen wurde. In derselben heißt es: „Die Versammlung bedauert lebhaft das Vorgehen einzelner Arbeitgeber, welche kein Mittel unversucht lassen,

Die neuesten Himmelkramer.

Neuportler Bilder.

In der nächsten Zeit wird in Neuport eine neue Stadt der Bestiebelung übergeben werden. Etwas Ähnliches hat die Welt bisher noch nicht gesehen. Wie die Cheops-Pyramide als größtes Werk von Menschenhand das alte Ägypten und alles, was sonst in Afrika im Laufe der Zeiten gebaut worden ist, weitaus überragt, so wird diese neue Stadt alles in der neuen Welt überragen, gewissermaßen als Pyramide von Amerika, freilich nicht als Grabstätte eines großen Toten, sondern als größtes Emporium der Lebenden, Schaffenden, als Hauptstadt und Mittelpunkt der geschäftlichen Zentren von Amerika. Diese neue Stadt wird der Sitz des Reichtums, des Handels, der Industrie, des Verkehrs der neuen Welt sein, gleichzeitig ihr Zentralbahnhof. Wie von ihren Mauern die Eisenbahnen nach allen Staaten und Städten von Ost und West, Nord und Süd auslaufen, so laufen aus ihren Geschäftsräumen unsichtbar Drähte durch den ganzen Kontinent, welche das Leben, den Erwerb von Millionen Menschen regulieren.

Eine Stadt, eingeschachtelt in der alten Stadt Neuport, hoch über sie aufragend, tief unter sie reichend, ein Berg von Stahl und Gemäuer, mit Straßen, welche übereinander liegen, mit Avenuen, die vertikal laufen, mit Hotels, Klubs, Restaurants, Banken, Post, Telegraphen- und Telephonbureaus, Wasserleitung, Kloaken, Feuerwehr, Polizei, Kaufläden, kolossalen elektrischen und Gaswerken, Dampfmaschinen, Vergnügungslokale, Bahnhöfen und einem öffentlichen Garten, der hoch über allen anderen städtischen Einrichtungen gelegen ist. Die Einwohnerzahl wird zehntausend betragen, zehntausend am Tage, nur einige Hundert zur Nachtzeit. Fünftausend Räume stehen ihnen zu Gebote. Nimmt man den Durchschnitt eines gewöhnlichen Wohnhauses zu zehn Räumen an, dann entspräche dies fünfhundert Häusern. Das Innere, die Avenuen und übereinander liegenden Straßen werden von dreißigtausend elektrischen Lichtern erleuchtet, von mehr als so manche Großstadt Europas. Während andere Städte allmählich wachsen, ihre Einwohnerchaft nach und nach erhalten, ist jene der neuen Pyramidenstadt Amerikas schon vorhanden. Sie wird sie an ein und demselben Tage beziehen, und nicht weiter wachsen. Eine Einwohnerchaft von Männern, keine Frauen, keine Kinder, aber mit mehr Millionen darunter, als irgend ein anderer Ort der Erde. Durchwegs Menschen, deren Einnahmen gesichert sind, und wo es keine Armen, keine Kranken gibt. Die einzigen städtischen Anlagen, die ihr daher fehlen, sind Krankenhäuser, Findelhäuser und Friedhöfe. Religion ist hier Nebensache. Der einzige Gott, dem in ihr geduldet wird, ist der Mammon.

Die neueste Stadt Amerikas heißt The Hudson Terminal Building, zu deutsch etwa Das Hudson End-Gebäude. Der Volksmund wird sie bald anders taufen. In der Tat ist diese Stadt ein einziges Gebäude, allerdings ein solches, wie es niemals vorher auch nur halb so groß erbaut worden ist. Was prahlt man mit dem spanischen Escorial, den der Wille Philipps II. geschaffen hat. Mit seinen 1111 Fenstern, die sich nach außen, und 1562 (gleichzeitig die Jahreszahl seiner Erbauung), die sich nach den Höfen zu öffnen! Das Terminal hat nicht weniger als fünftausend Fenster!

So erhebt sich dieser Terminalberg hoch und massig über das Reichthum von Neuport wie die Gizeh-Pyramiden über die Zelle des Beduinenscheichs im Sande zu ihren Füßen, als reichste Stadt, als größtes Gebäude und als größter Bahnhof der Welt, ohne daß man eine einzige Eisenbahnlinie, eine einzige Lokomotive sehen würde. Um das Terminal zu bauen, mußte man inmitten des Straßengewirres des unteren Neuport einen ungeheuren Krater von einem Drittel Kilometer Durchmesser und über dreißig Meter Tiefe aus dem Felsen sprengen, ein paar Hunderttausend Tonnen Trümmer fortkaumen und dann 24 000 Tonnen Stahl und über 16 Millionen Bausteine aufeinander türmen. Um die Fundamente festzustellen, wurden an 40 000 Tonnen Zement verwendet! Dort unten, in dem ausgekauerten Krater dieses Verkehrsvulkans von Amerika liegt der Bahnhof des Terminal, dort laufen die Katakomben von Neuport zusammen, die innerhalb weniger Jahre unter Flußläufen und Meeresarmen, unter Straßen und Himmelkramern, zwischen Kloaken, Wasser-, Telephon- und Kabelleitungen hindurch aus dem Felsen gesprengt worden sind, unterirdische Bahnen und Tunnel, von größerer Länge als der längste Europas, der Simplon. Sie unterfahren jetzt Neuport und die umliegenden Großstädte nach allen Richtungen, stehen miteinander in Verbindung, haben unterirdische Restaurants, Verkaufsläden, Wartehallen, zusammen ein weitverzweigtes, umfangreiches Netz als London. Vom Terminal kann man fast nach jedem Punkt von Großer-Neuport unterirdisch fahren, Strecken bis zu hundert Kilometer zurücklegen, mit keinerlei Anzeichen, ob über dem Reisenden sich Land, Fluß oder Meer befindet, ob Tag oder Nacht, Sommer oder Winter, schönes oder schlechtes Wetter herrscht. Und über den Mittelpunkt dieses unterirdischen Verkehrs baut sich nun das ungeheure Terminal auf, eine Stadt in der Stadt, wie gesagt, das größte Gebäude Neuports, wenn auch bei weitem nicht das höchste. Denn nach Dukenden zählen in dieser merkwürdigen Metropole der neuen Welt die Gebäude mit dreißig, vierzig, ja fünfzig und mehr Stockwerken. Gegenüber der Massenhaftigkeit, dem Umfang des Terminal erscheinen sie in ihrer Schlantheit wie Türme. Nur eins noch nähert sich an Masse dem Terminal, ohne es jedoch zu erreichen, das City In-

verting Building unweit vom Terminal, mit einer seiner Fronten dem Broadway zugewendet. Auch dieses wird fast gleichzeitig mit dem Terminal vollendet werden — ein Kolossus von 33 Stockwerken und 3600 Außenfenstern, von massigen Türmen überragt, die Höhe von 140 Metern erreichen.

Wiel natürlicher und anmutiger präsentiert sich ein anderes Mammutgebäude von 35 Stockwerken, jenes der Metropolitan-Feuerversicherung, denn dessen Hauptmasse mit den sechzig oder siebzig Fenstern Front ist nur zwölf Stockwerke hoch, und darüber erheben sich die restlichen 23 Stockwerke nur mit einem viel schmäleren turmartigen Aufbau von je neun Fenstern nach jeder Front. Dasselbe gilt von dem Gebäude der Neuport Times, dessen ungeheure Höhe auch noch durch die viel großzügigere Architektur nicht so aufdringlich erscheint.

Wie anders ist dagegen das Terminal mit seiner wuchtigen Masse, die ein paar Morgen Bodenfläche bedeckt! Der gewaltige Stephensdom in Wien würde in diesem Gebirge von Stahl und Ziegeln dreimal Platz haben, und seine höchste Turmspitze würde gerade noch aus dem Dach hervorragen! Um es zu erbauen, mußten weit über hunderttausend Tonnen Stahl und Ziegel auf- und ineinander gefügt werden, und mit der Einrichtung der Räume und den in ihnen verkehrenden Menschen erreicht die Belastung an zweimalhunderttausend Tonnen Dementsprechend mußte die Fundierung auf harten Felsen 32 Meter tief gelegt werden. Der ganze Berg ruht auf einem Zementblock von ungefähr 150 Metern Länge und 60 Metern Breite, in welchen die gewaltigen Stahlschienen, welche den Stahlrahmen des Baues tragen, eingelassen sind. Die einzelnen Teile dieses Rahmens, vertikale Träger im horizontalen Querschnitt, sind ineinander verzapft und fest benietet, so daß sie eine Art Stahlfäß aus einem Stücke bilden. Die Zwischenräume werden mit Hohlziegel ausgefüllt, und das sind die Wände. Natürlich haben diese keinerlei Last zu tragen. Der ganze Bau wird ausschließlich von dem Stahlrahmen zusammengehalten, und von dessen Festigkeit und guten Fundierung hängt seine Sicherheit ab.

Man denke sich nur die Verantwortlichkeit dieser Arbeit. Was können ein paar fehlerhafte Stahlschienen oder lose Meten für schredliches Unheil anrichten! Gibt ein Stahlpfeiler nach, dann kann das ganze Riesengebäude zusammenstürzen, im Sturze andere mit sich reichend, zerstörend, mit Tausenden von Menschenopfern! Wie sorgfältig muß das Fundament vorbereitet und dem Senken des Baues Rechnung getragen werden! Der Ingenieur muß nicht nur das Gewicht des ganzen Baues und seine spätere Belastung bis auf eine Tonne berechnen, er muß auch die Belastung der einzelnen Teile kennen, um das Gewicht gleichmäßig über das ganze Fundament zu verteilen und das Senken nach einer Seite hin zu verhindern. Auf mehr als 25 Meter Höhe kann ein Brand nicht mehr erfolgreich

um die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu hemmen, wodurch lediglich der Sozialdemokratie Vorzug geleistet wird."

Die Unternehmer werden höllischen Respekt vor einer Arbeiterorganisation empfangen, die von ihnen Schritte erhält und dennoch sich bereit erklärt, gemeinsam mit ihnen gegen die eigenen Klassengenossen zu kämpfen! Der Bereitwilligkeit folgt nur zu oft die Tat. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Bochum kandidierte ein christlicher Arbeitersekretär auf einer Liste mit dem Kandidaten der Zechenpartei und führte so den Zechenherren die Wählerstimmen der Gewerkschaftschriften zu, denselben Zechenherren, die jede Anerkennung der Arbeiterorganisationen protzig ablehnen!

Wir wollen die Differenzen der christlichen Gewerkschaften mit der nationalliberalen Partei des Saarreviers übergehen, wollen den Vereinigungsrummel der konfessionellen Vereine mit den christlichen Gewerkschaften und den 60 000-Mark-Bettel des Herrn Stöder unbeachtet lassen, obwohl zu allen diesen Dingen nur parteipolitische Interessen die Veranlassung bildeten! Aber wenn von der parteipolitischen Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften gesprochen wird, darf nicht vergessen werden, was die konservative Sächsische Volkszeitung von diesem Thema zu sagen weiß. Sie berichtet von einer zu Dresden am 6. Oktober 1906 abgehaltenen Hauptversammlung des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen und schreibt:

„Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beschlusfassung über den Anschluß der christlichen Gewerkschaften an den konservativen Landesverein. Der Vertreter der Gewerkschaften hatte sich an den Landesverein gewendet und der konservativen Partei die Unterstützung durch die christlichen Gewerkschaften bei den Wahlen angeboten.“ Natürlich wurde diese Offerte nicht abgelehnt. Die ultramontane Trierer Landeszeitung ist darüber aufgeklärt und erklärt: „Es haben die Christlichen die programmatische Neutralität verlassen. Eine Gewerkschaft, die sich einer politischen Partei als Wahlkörper, als Mitarbeiter bei den politischen Wahlen zur Verfügung stellt, treibt in vollem Sinne des Wortes Politik. Das muß festgestellt werden.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen!

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung.

Ein fesselnder Beitrag zur wirtschaftspolitischen Geschichte Österreichs ist erschienen, ein wirklicher Beitrag zur Kulturgeschichte dieses Landes.*

In keinem andern Staate sind die Geschichte beider Organisationsformen inniger miteinander verknüpft als in Österreich, und wenn man von den Verfolgungen liest, die die Gewerkschaften im schwarzen Nachbarn zu erdulden hatten, so kennt man dann auch zum Teil die Leiden, denen die Sozialdemokratie Österreichs ausgesetzt war. Will man das Regierungssystem der Zeit, in der die österreichischen Gewerkschaften am ärgsten drangaliert wurden, kurz charakterisieren, dann braucht man nur an das Wort, das Liebknecht im Juli 1869 in Wien geprägt hat, erinnern: „Absolutismus mit Bummel“, ein Wort, das später Dr. Viktor Adler in „Absolutismus, gemildert durch Schlamperie“ verwandelt hat.

Wer die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung verstehen will, der muß vor allem zweierlei berücksichtigen. Erstens, daß dieses Staatenkonglomerat von fast allen Nationen Europas einen Anteil besitzt, daß es kein Gemeinwesen gibt, wo so mannigfaltige Verhältnisse in sprachlicher und kultureller Beziehung herrschen; zweitens aber, daß sich Österreich erst in den letzten drei Jahrzehnten zum Typus des Industrie-Marktes durchgearbeitet hat. Vorher herrschte die Landwirtschaft vor, und lange dominierte das Junkertum unumchränkt in der Gesetzgebung und Verwaltung, obgleich seine ökonomische Vorherrschaft schon überwunden war.

Parallel mit dem aufstrebenden Industrialismus entwickelten sich die Gewerkschaften unter steter Bedrängung durch die Behörden. Wohl hat das Bürgerrecht, das 1867 zur Regierung kam und nur mit kurzer Unterbrechung seit 1871 die Ministerien stark beeinflusste, das Vereins- und Versammlungsrecht verbessert und 1870 sogar die

* Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Von F. Deutsch. Verlag von A. Förber, Wien 1908.

gekämpft werden, und brennt ein Himmelfrakter bei heftigem Stinde, dann sind dem Urteil des Sachmannes zufolge alle stählerne Niesengebäude der Weltstadt verloren, sie werden im Au zu brennenden Fackeln der neuen Welt.

Wer hätte noch vor zwanzig Jahren ein Wohnhaus von zwanzig, dreißig Stockwerken für möglich gehalten? Heute gibt es deren in Amerika Hunderte. Und wie man in den letzten zwanzig Jahren mit dem Indehöhobebauen nicht stehen geblieben ist, so wird man in den kommenden zwanzig Jahren erst recht stählerne Elmsleitern bauen. Bei Steingebäuden stellen sich die Dide des tragenden Mauerwerks und die großen Baukosten entgegen, 180 Dollar für den Kubikmeter. Bei Stahlgebäuden ist die Mauerdicke unten wie oben ziemlich die gleiche und die Kosten für den Kubikmeter betragen nur 13 Dollar. Der Kühnheit der Himmelfrakter-Ingenieure von Neuborn sind also keine Grenzen gezogen, und wer weiß, ob nicht schon am Tage der Eröffnung des Terminal der Grund gelegt wird für ein Gebäude von der doppelten Größe?

„Brodhaus“

Die einfachsten Gedanken sind bekanntlich immer die schwersten. Wie selbstverständlich erscheint uns heute der Druck eines Buches, in dem sich ein beweglicher Buchstabe an den andern reiht, und doch hat es bis ins 15. Jahrhundert gedauert, daß ein genialer Kopf auf diese epochemachende Erfindung kam, die uns von dem umständlichen Handwerk der Schönschreiber und dem Gebrauch mühsam geschriebener Tafeln für die einzelnen Seiten erlöste. Wie selbstverständlich erscheint uns heute auch der Begriff eines Konversations-Lexikons, das durch eine alphabetische Reihenfolge den unermeßlichen Stoff menschlichen Wissens jedem, der lesen kann, erreichbar macht. Und dennoch dauerte es bis in das 18. Jahrhundert, daß diese Form alphabetischer Nachschlagewerke durchdrang, und noch weit länger dauerte es, bis der Begriff eines solchen Universalwerkes, eines Konversations-Lexikons, oder, um es kürzer zu bezeichnen, eines „Brodhaus“ sich herausgebildet hatte. Handbücher des Wissens und der einzelnen Wissenschaften besaß schon das Altertum, aber sie ordneten den Stoff nach seiner Entstehung oder Zusammengehörigkeit und waren auf das Studium des Gelehrten bedacht, der Seite für Seite vorwärts. Das Bedürfnis nach einem praktischen Nachschlagewerk hat sich erst mit den ungeduldiger werdenden Ansprüchen der Kultur herausgestellt.

Der Gründer des Verlages F. A. Brodhaus in Leipzig ist nicht der Erfinder des Konversations-Lexikons gewesen, wohl aber derjenige, durch dessen Initiative der eigentliche Begriff eines Konversations-Lexikons erst emporkam und unter dessen

Koalitionsfreiheit gegeslich verbürgen müssen, aber es dauerte nicht lange, bis es sich an das Koalitionsrecht des Proletariats gewöhnte. Die Bureaucratie konnte es überhaupt nicht fassen, daß sich nun die Arbeiter gegen das Kapital koalierten. Sie, die bislang der Proletarier bevormundete, mußte nun sehen, daß dieser sich heftig gegen diese Bevormundung aufbäumte. Das war nicht mehr der gefügige „Untertan“ von ehemals, das Lastpferd, das sich alles aufbürden ließ. Koalitionsfreiheit hin, Koalitionsfreiheit her — die Gewerkschaften wurden geregelt und unterdrückt! Sie wurden vernichtet, weil sie sozialdemokratisch waren, und sie waren sozialdemokratisch, weil sie ihren eigentlichen Zweck: die Interessen der Arbeiter gegen die kapitalistischen Ausbeuter zu vertreten, nicht anders erfüllen konnten.

Der wirtschaftliche Krach des Jahres 1873, diese gewaltige Wirtschaftskrise der neueren Zeit, zog Österreich und Deutschland gewaltig in Mitleidenschaft, zerstörte Tausende von Existenzen und machte ganze Arbeiterarmeen brotlos. Es war eine schwere Leidenszeit; aber unermüdlich wie Ameisen bauten die Arbeiter Österreichs an ihren Organisationen weiter. Da traf sie ein neuer Unglücksschlag: der Bruderkrieg im eigenen Lager.

Es wäre ja ein Wunder gewesen, wenn die Herrschenden die Meinungsverschiedenheiten im Schoße der Arbeiter nicht für sich auszunutzen versucht hätten. Waren die Ansichten der Proletarier über die von ihnen zu beobachtende Taktik im Klassenkampf geteilt, so war die Bourgeoisie darin einig, die Spaltung nach Möglichkeit zu vertiefen, die Zerrissenheit der proletarischen Reihen bedeutete für sie ja die Erhöhung ihres Profits. Also weitete sich die Kluft zwischen den „Gemäßigten“ und „Radikalen“ nach Kräften.

Wald aber sahen beide Teile ein, daß sie sich gegenseitig bitteres Unrecht getan hatten, und sie näherten sich wieder — zum Entsetzen des Ausbeutertums, das nunmehr „Christlichsoziale“ und „gelbe“ Schwindelgewerkschaften den echten Organisationen entgegenwarf und die Massen durch einige sozialpolitische Brocken zu ködern suchte. Resultatlos natürlich!

Allein, Zuckerbrot und Peitsche und Peitsche und Zuckerbrot erwiesen sich als untaugliche Mittel, die Arbeiter Österreichs von dem als zweckmäßig erkannten Wege des Klassenkampfes abzurängen. Zwar zerstörten die barbarischen Polizeiattden des Ausnahmezustandes zum Teil das ganze Werk der Mühen vergangener Jahre, zwar wanderten Hunderte österreichischer Arbeiter ins Exil, in Not und Elend — aber der Sozialismus behielt seine junge Lebenskraft.

Mit Recht spricht man von einem Heldenkampfe der deutschen Arbeiter gegen das Sozialistengesetz; der Kampf der österreichischen Arbeiter gegen die Ausnahmeegesgebung war vielleicht nicht so imposant und heroisch, wie der ihrer deutschen Brüder und Leidensgenossen, aber er wurde nicht minder zäh und erfolgreich durchgeföhrt. Die als „Gemäßigte“ verschrien und verleumdete Sozialdemokraten hatten die letzten Positionen gehalten; sie leisteten beim Wiederaufbau der Gewerkschaften treffliche Dienste.

Und mächtiger denn je erhob sich aus den Trümmern die Macht der Gewerkschaften! Die erste Tat der geeinten Partei war die Gründung von Fachvereinen.

Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung lehrt: die Arbeiterbewegung bedient sich verschiedener Behikel; aber die treibende Kraft aller dieser Behikel ist der Sozialismus. All die täuschenden Nachahmungen des Sozialismus, die Ausbeutertum und Merkantilismus erkennen, werden früher oder später als elende Surrogate erkannt. Die Geschichte der Gewerkschaften in Österreich ist ein fortlaufender Kampf gegen diese Fälschungen und ein siegreicher.

Eine wichtige Entscheidung.

Zwei wichtige Urteile zugunsten der Sektion der Binnenschiffer des Deutschen Hafnarbeiterverbandes sind vom Landgericht in Magdeburg gefällt worden. Am 2. Oktober 1906

Namen das Werk eine Popularität gewann, die ohne weiteres den Begriff eines Konversations-Lexikons mit dem eines „Brodhaus“ identifizierte. 111 Jahre ist der erstere jetzt alt; seit etwa 90 Jahren sagt man: das Konversations-Lexikon oder „der Brodhaus“. Was unter dem erstern Titel von 1796—1808 in sechs kleinen Oktavbänden erschien, diese erste dürftige Gestalt eines zukünftigen Kulturwerkes, war nur eine schülerhafte Verwirklichung eines guten Gedankens, der auch sehr bald schon an seiner ungehinderten Ausführung völlig zugrunde zu gehen drohte. Wie rickständig dieser erste Versuch war, bezeugt zur Genüge die Tatsache, daß dieses erste Lexikon von Napoleon oder Bonaparte noch nichts wußte. Der Begründer des Brodhaus'schen Verlages, Friedrich Arnold Brodhaus, kaufte das Unternehmen, das bereits durch vier Hände gegangen, zuletzt als Schulobjekt beim Drucker gelandet war und nicht leben und sterben konnte; Brodhaus schuf das Werk aufs neue, so daß außer dem Titel kein Stein des alten mehr auf dem andern blieb, und in sechsjähriger Arbeit, von 1812—1818, zog er, unterstützt von sachkundigen Mitarbeitern, die er zu finden wußte, das Stämmchen groß, das die Kraft hatte, sich zu einem mächtigen Baume zu entwickeln. Der Erfolg seines Werkes ist bekannt; sofort nach dieser Neugestaltung folgte Auflage auf Auflage, daß kaum die Druckerpressen nachkommen konnten; war schon die Nachfrage stark, so tat aber auch diese Eile not, um immer wieder dem räuberischen Nachdruck zuvorzukommen, der schnell bei der Hand war, zu ernten, wo er nicht gesät hatte. Seit dieser Neugestaltung wußte jeder Deutsche und Ausländer, was ein „Brodhaus“ bedeutete, und sein Begründer hatte noch die Freude, diese Popularität seines Lebenswerkes eintreten zu sehen.

Ein streitbarer Herr, dieser alte Friedrich Arnold Brodhaus. Nichts vergnüglicher zu lesen, als seine Zusammenkünfte mit der hochwohlwollenden Zensur. Denn gerade damals, als das Lexikon durch seinen neuen Besitzer und eigentlichen Begründer sich das Ziel setzte, das uns heute als etwas Selbstverständliches erscheint, mit der Zeit gleichen Schritt zu halten, war die politische Empfindlichkeit aufs höchste gesteigert; der fast tägliche Umschwung der politischen Zustände machte die Wahrheit von gestern zum Verbrechen von heute, und doch war es nicht zu umgehen, daß in jener Zeit der nationalen Erhebung des deutschen Volkes auch die Feder des trockensten Gelehrten hin und wieder vor Erregung oder gar Entrüstung zitterte. Es war kein Zufall, daß gerade in jener glorieichen Sturm- und Drangzeit der deutschen Stämme der Erfolg eines Werkes einsetzte, das sich im bornehmsten Sinne ein deutsches Nationalwerk nennen durfte: bot es doch nach Tagen der Erniedrigung in seiner neuen Gestalt eine stolze Heerschau deutschen Geisteslebens; man freute sich wieder des eignen Besitzes und griff daher zu einem Werke, das jedem Deutschen diesen Reichtum zum Bewußtsein brachte.

reichten die auf der Elbe in Binnenschiffahrtsbetrieben beschäftigten Boots- und Steuerleute sowie die Maschinisten und Heizer durch ihren Verband bei den Schiffahrtsgeellschaften ihre beschiedenen Forderungen ein. Am Schlusse derselben bestand sich als bedingte Kündigung folgender Passus:

Sollten Sie wider Erwarten nicht geneigt sein, die vorstehenden Forderungen zu berücksichtigen, so ist das Arbeitsverhältnis am 15. Oktober für die Schiffsmannschaften als gelöst zu betrachten.

Da weder an die Schiffer noch an die Verbandsleitung eine Antwort erfolgte, legten die Schiffer selbstverständlich die Arbeit nieder. Die Schiffahrtsgeellschaften, die an die einmütige Arbeitseinstellung nicht gedacht hatten, machten nun eine Anzahl von Klagen wegen Schadenersatz anhängig, weil sie in der Art der Arbeitsniederlegung einen Kontraktbruch sahen. Wegen der von den Gesellschaften einbehaltenen Löhne fand später zwischen den Vertretern der Streikenden und den Direktoren der Gesellschaften eine Verständigung statt. Es wurde beschlossen, keine Löhne mehr einzubehalten, aber die Klage des Prinzips wegen durchzuführen. Der unterliegende Teil sollte dann die gesamten Kosten tragen.

Das Amtsgericht in Alen hatte sich zuerst mit dieser Angelegenheit zu befassen. Der Verband der Binnenschiffer erstritt hier ein abiegendes Urteil. Die bedingt ausgesprochene Kündigung wurde als korrekt und zu Recht bestehend anerkannt. Gegen dieses Urteil hatte die Elbe-Schiffahrtsgeellschaft Berufung eingelegt. Am 6. April hat das Landgericht die Berufung verworfen und das erstinstanzliche Urteil bestätigt.

In einem zweiten Falle hatte die Elbe-Schiffahrtsgeellschaft beim hiesigen Amtsgericht eine Klage eingereicht und im Gegenjag zu der Aener Entscheidung ein abiegendes Urteil erzielt. Auf die Berufung des Verbands der Binnenschiffer hob das Landgericht das schöffengerichtliche Urteil auf und erkannte auf Abweisung der Klage wegen Unzuständigkeit des Gerichts; da in Magdeburg ein Gewerbegericht bestche, könne nur das als zuständig in Betracht kommen. Die Kammer nahm an, daß die Kündigung in durchaus einwandfreier und ordnungsmäßiger Weise erfolgt sei.

Damit sind die schwebenden Schiffer-Streiffachen definitiv sämtlich zugunsten der streikenden Schiffer erledigt. Die nicht ganz unbedeutenden Kosten haben nunmehr die Schiffahrtsgeellschaften zu tragen.

Literarisches.

Handbuch für die Verbandsfunktionäre. Anleitung für die Praxis der Geschäftsführung im Deutschen Holzarbeiterverband. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Stuttgart, Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Preis 1 Mk., geb. 1.40 Mk.

Das Buch ist eine vorzügliche Arbeit des Genossen Theodor Leipart. Für die Verbandsfunktionäre sind die gegebenen Fingerzeige geradezu willkommen. Wer das Handbuch mit Aufmerksamkeit durchblättert, dem wird erst auffallen, welche schwierigen Aufgaben die Verbandsfunktionäre in den Zahlstellen vorzustehen haben. Das umfangreiche Buch ist nicht so aus dem Handgelenk geschrieben worden, nein, der Verfasser Leipart hat seine reichen Erfahrungen als langjähriger Verbandsvorstandsleiter getreu zu Papier gebracht und durch diese Aufzeichnungen ist dann das neue Buch erschienen. Der Holzarbeiterverband ist wieder um eine Publikation, welche dauernden Wert hat, reicher.

Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Broschüre, enthaltend die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 10. Januar 1908, über den freisinnigen Antrag auf Aenderung des Wahlrechts für den preussischen Landtag und Neueinteilung der Wahlkreise. Der Preis dieser Broschüre beträgt 50 Pfg.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben eine Neuausgabe von Lassalles berühmter Schrift: Die Wissenschaft und die Arbeiter.

Der Herausgeber, Genosse Eduard Bernstein, widmet dieser Neuausgabe eine Vorbemerkung, in der er die geschichtlichen Unterlagen der Lassalleschen Ausführung darlegt. Lassalle beabsichtigte durch diese Arbeit seine Gedanken über die Bedeutung der Wissenschaft für die Arbeiterklasse der Neuzeit in programmatischen Sätzen niederzulegen und damit das Verständnis für die von ihm erstrebte selbständige Arbeiterpartei zu fördern.

Zu beziehen ist die Broschüre zum Preise von 1 Mk. durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs. Die Volls Ausgabe kostet 40 Pfg.

Die Milzbrandgefahr in der Bürsten- und Pinselindustrie. Eine Aufklärungsschrift. Herausgegeben von der Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands in Nürnberg. Stuttgart, Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Preis 30 Pfg.

Seit jener Zeit ist ein Konversations-Lexikon die stillschweigende Voraussetzung universeller Bildung geworden, ein selbstverständlicher Hauschat, ein notwendiges Verständigungsmittel aller Zeitgenossen. Der Unterricht der Schule allein kann unmöglich mehr all dem nachkommen, was der Tag und die Stunde dem Mitlebenden zumuten. Kein geringerer als Goethe, selbst ein eifriger Benutzer seines Brodhaus, hat es seinem Vertrauten Edermann gegenüber oftmals ausgesprochen, wie behaglich es doch dazumal gewesen sei, als er noch jung war, wie klein der Kreis des Wissens, das damals von einem jungen gebildeten Menschen verlangt wurde; von der Höhe seines Alters herab bemitleidete er oft das junge Geschlecht, das mit einer so weit schwereren Last seinen Weg anzutreten habe! Der ungeheure Aufschwung des Zeitungswesens hat es dahin gebracht, daß uns Tag für Tag ein umfassendes, stets wechselndes Weltbild vorgegaubert wird, in dem sich zurechtfinden muß, wer auf den Namen eines Gebildeten Anspruch erhebt. Selbst die Kinder werden neugieriger, und die moderne Erziehung leidet nicht, den fragenden Mund mit einem Nachwort zu schließen, sondern rät zu antworten, Rede zu stehen. Wer aber im täglichen Kampf des Lebens steht, dem sind die Stunden behaglichen Studiums auf ein Minimum verkürzt; der Wille zum Lernen genügt nicht, Wissen wird gefordert. Nur wer den Augenblick beherrscht, der ist der rechte Mann.

Diesen immer stärkeren Ansprüchen unserer modernen Kultur, denen sich niemand entziehen kann, hat der Brodhaus Rückficht getragen entsprechend dem Ideale, das vor 100 Jahren dem Herausgeber-Verleger vorschwebte: gleichen Schritt zu halten mit der Zeit und es jedem seiner Benutzer zu ermöglichen, die Waffen zu führen, denen noch immer der Sieg verblieben ist: Wissen und Wahrheit! Er ist nicht allein geblieben in dieser großen Aufgabe; andre sind ihm gefolgt mit ähnlichen Zielen, und ein fröhlicher Wettkampf findet statt zugunsten des Publikums und im Dienste der gemeinsamen nationalen Sache. Brodhaus oder Meyer? Diese Frage beantworteten wir wie Goethe die Frage „Wer größer sei, Schiller oder Goethe“: Das deutsche Volk soll sich freuen, daß es „zwei solcher Kerle besitzt“.

Aber besitzen muß das deutsche Volk den einen oder den andern, will es sich bei seiner täglichen Arbeit der neugestalteten Fortschritte in Wissenschaft und Kunst, Handel und Gewerbe bedienen und erfreuen. Gerade jetzt ist der Brodhaus das neueste und vollständigste Werk seiner Art, bis auf die Gegenwart fortgeführt, revidiert und ergänzt in seiner Ausgabe 1908 (17 Bände), mit Karten und Plänen, mit Tausenden von bunten und schwarzen Abbildungen geziert in einer Reichhaltigkeit und Fülle, die den Preis von 12 Mk. pro Band überaus gering erscheinen läßt.